

# BULLETIN

NUMMER 4 | Dezember 2013



- 
- \* 8 Kantonsrat - Vier Standbeine für Zug \*
  - \* 12 Gemeinderat - ... doch weiter kommt man ohne ihr! \*
  - \* 14 Langzeitpflege - zum Wohle der Pflegebedürftigen \*
  - \* 16 Kampfjet - Krippen statt Gripen! \*
  - \* 20 FABI - Für ein solides Fundament \*
-

2

**3 Editorial**

Alles Gute im kommenden Jahr!

**4 Portrait**

Ich habe gerne Widerspruch

**7 Regierungsrat**

Kantonsratswahlen und Fische

**8 Kantonsrat**

Vier Standbeine für Zug

**10 Verabschiedung**

15 Jahre Kantonsrat

**12 GGR**

... doch weiter kommt man ohne ihr!

**14 Langzeitpflege**

Zum Wohle der Pflegebedürftigen

**16 Kampfet**

Krippen statt Gripfen

**17 Junge Alternative**

Gefährlicher Augenschmaus

**18 Mobility Pricing**

Königsweg oder Scheinlösung?

**19 Longo maï**

Eine Utopie? Nein.

**20 FABI**

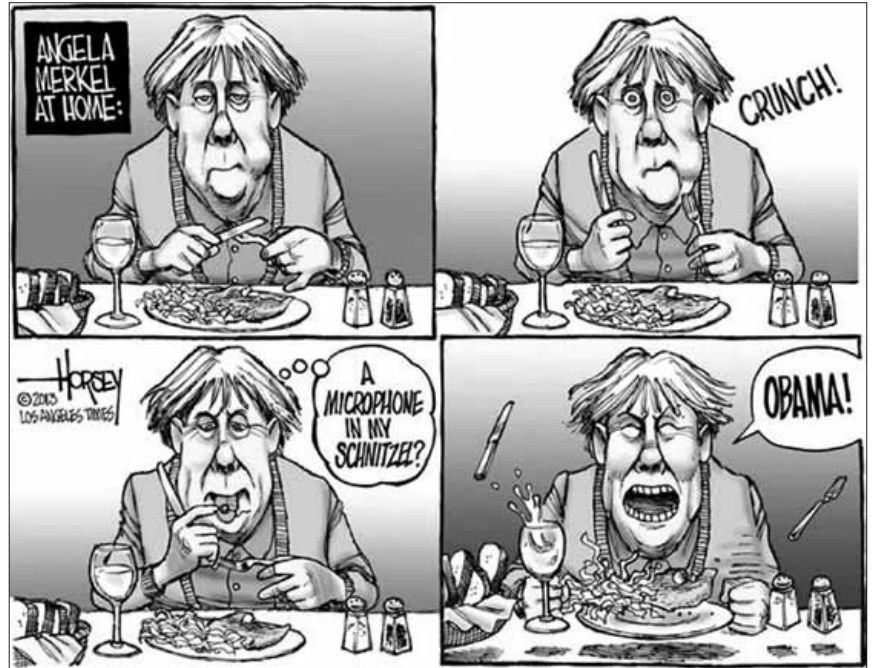
Für ein solides Fundament

**23 Bildungspolitik**

(Zu) viel Positives

**24 Serviceteil**

Frontal  
 Büchermail  
 Buchhinweis Longo maï  
 Kino  
 Veranstaltungen  
 Adressen  
 Impressum



«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

**Redaktion und Herausgeberverein**  
 «Das BULLETIN»

# Alles Gute im kommenden Jahr!

Hanspeter Uster, Vorstandsmitglied Alternative-die Grünen Baar, arbeitet im Justiz- und Sicherheitsbereich, u.a. auch als Mitglied der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft | Bild Hanspeter Uster

*Auch hinter diesem Bulletin steckt viel Arbeit. Zum einen von der Redaktion, die ein solches Heft vier Mal jährlich zustande bringt; zum anderen dokumentiert sie aber auch die Aktivitäten der Grün-Alternativen, kantonal und in den Gemeinden.*

*Nicht nur im Hinblick auf die Wahljahre 2014 (Gemeinden und Kanton) und 2015 (National- und Ständerat), sondern ganz grundsätzlich lohnt sich ein Blick auf die Themen, mit denen wir Grün-Alternativen Politik machen. Zur DNA der Grün-Alternativen gehören seit 30 Jahren die folgenden vier Schwerpunkte:*

- *Die kritische Haltung zum Rohstoffhandelsplatz und zu den tiefen Steuern;*
- *der Kampf für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und gegen die damaligen Mega-Strassenprojekte, verbunden mit Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz;*
- *der Einsatz für mehr bezahlbare Wohnungen und gegen die schon damals einsetzende Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung und für die sozial Schwächeren;*
- *mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung, das Vollamt für Regierungsrat und Staatsanwalt und ein gerechtes Wahlsystem.*

*Gelungen ist der Aufstieg von einer 2.5-%-Partei zur heutigen Stärke aber auch durch die Verbindung von Bewegungselementen und parlamentarischen Aktivitäten. Natürlich ist es wichtig, parlamentarische Vorstösse zu den Steuern und zum Rohstoffhandel einzureichen. Diese bekommen aber dann erst ein Gewicht, wenn das gepaart ist mit öffentlichen Aktionen, wo ganz konkret auf die Folgen des Zuger Rohstoffhandels für die Menschen im*

*Süden unserer Erde hingewiesen wird – und auf die Folgen der tiefen Steuern für die Menschen, die bescheidene Einkommen haben und hohen Mietzinsen gegenüberstehen. Gerade jetzt, wo Glencore mehr denn je zum öffentlichen Thema wird, sind wir mit unserem langjährigen Engagement bestens legitimiert, mit Begehren in der Stadt und in den Gemeinden – wie früher schon in Baar*

*– zu verlangen, dass ein angemessener Teil der Steuergelder aus dem Rohstoffhandel für Projekte zugunsten der betroffenen Menschen im Süden eingesetzt wird. Auch der Umgang mit Themen, wo es bei den Grün-Alternativen unterschiedliche Meinungen gibt, kann mit Phantasie und Geschick zu einer glaubwürdigen Politik führen: Ich denke da an die überaus gut besuchte Veranstaltung im letzten Sommer, wo Exponenten der Grün-Alternativen ihre unterschiedlichen Positionen zum Stadttunnel kontrovers diskutierten. Gelungen ist auch das Referendum gegen die Abschaffung des Schüler-Busses in der Stadt Zug, ohne parlamentarisches Mandat, aber mit Energie und Kreativität, was zeigt: Die Grün-Alternativen sind als Bewegung erfolgreich!*

*Beim Golfplatz in Baar gab es durch eine klare Haltung zugunsten der Landschaft, kombiniert mit einer Beschwerde, eine optimale politische Wirkung. Auch kantonal zeigten wir mit zwei Bundesgerichtsbeschwerden*



*in Sachen Wahlgesetz Hartnäckigkeit und gaben den guten Argumenten unserer Kantonsratsmitglieder zusätzliches Gewicht. Ein gutes Beispiel ist auch Risch: Die Grundsatzfrage, ob bezüglich Landschaftsschutz beim Gut Aabach dem Pharmariesen Novartis zuliebe eine Ausnahme gemacht werden darf, wurde von den Alternativ-Grünen gestellt. Hier haben die Grünen Risch exemplarisch gezeigt, wie ein Thema glaubwürdig an die Hand genommen wird und Profil schafft. Auch deshalb ist der Bau der Novartis noch keineswegs in trockenen Tüchern.*

*Auch unsere Sitze im Kanton und in den Gemeinden sind nächstes Jahr nicht garantiert: Es braucht den Einsatz aller, damit wir im Oktober 2014 Erfolg haben werden. Das mag anstrengend tönen; aber wenn es gelingt, Energie, Engagement, Phantasie und die gute Mischung von Bewegung und institutioneller Arbeit noch zu verstärken, dann ist es nicht bloss Arbeit, sondern macht auch Freude.*

*Alles Gute im kommenden Jahr! ■*

# Ich habe gerne Widerspruch

Natalie Chiodi Redaktion BULLETIN | Bilder Paula Gisler und Madeleine Landolt

4 **Madeleine Landolt ist im Kanton Zug aufgewachsen und war langjähriges Mitglied der SGA, bevor sie nach ihrer Pensionierung nach Prag emigrierte. Das BULLETIN hat sich während einem ihrer Besuche in der Schweiz mit ihr unterhalten. Das Gespräch fand am 30. August 2013 statt.**

**BULLETIN:** Madeleine, wie kommt es, dass du nach Prag ausgewandert bist?

**Madeleine Landolt:** Ich habe Hochbauzeichnerin gelernt und neben dem Interesse für Plattenbauten – Einfamilienhäuser sind nicht so mein

so gern. Berge machen mir Angst, die engen mich ein. Vor 8 Jahren – nach meiner Pensionierung – habe ich diesen Schritt zurück nach Tschechien gemacht. Ich bin jemand sehr kopflastiger und entscheide nicht unüberlegt und «romantisch».



Ding – begeisterte ich mich für die slawische Kultur und Literatur. Ich hatte immer diese slawische Tendenz, das heisst der Osten zog mich immer stark in den Bann. Verschiedene Länder wären für eine Auswanderung in Frage gekommen. Nach Russland wollte ich nicht, wegen der Sprache – russisch ist zwar schön, aber noch schwieriger als tschechisch – Polen war mir zu katholisch und antisemitisch. Anlässlich der tschechischen Emigranten im Jahre 1968 meinte eine damalige Arbeitskollegin, ich könne ja in die Tschechoslowakei gehen. So kam es dazu, dass ich nach Prag auswanderte und dort meinen Mann kennen lernte. Nach eineinhalb Jahren bin ich mit ihm legal in die Schweiz gekommen. Ich mag die tschechische Landschaft

**BULLETIN:** Kannst du einen Vergleich zwischen den beiden Ländern ziehen?

**Madeleine Landolt:** Als ich in den 60er Jahren in Prag war, dachte ich, dass sich die Menschen beider Länder eigentlich sehr ähnlich sind. Heute finde ich, dass wir ordentlich verschieden sind. Die Menschen sind geprägt durch ihre Situation, durch den Kommunismus natürlich auch, alte Menschen sowieso. Ich stelle mehr Veränderungen zwischen den Ländern fest als früher. Die Schweiz ist viel dichter besiedelt, diese Enge macht mir hier manchmal zu schaffen. In Prag hat es viel mehr Grünflächen, wunderschöne Hinterhöfe und in den Wäldern kann ich Pilze suchen gehen. Prag hat sich andererseits in den letzten 8 Jahren städte-

baulich zum Schlechten verändert. Ich sage immer, passt auf, dass Prag nicht sein charakteristisches Gesicht verliert: Schöne Industrieareale verschwinden und machen teuren Wohnungen und Bürokomplexen Platz, die zu mehr als 35% leer stehen. Die Nachbarschaft in der Schweiz ist besser. Man kennt sich, «schaut sich». Wenn ich hier in Zug auf der Terrasse sitze, sagen alle Kinder, die vorbeilaufen «Grüezi». In Prag sagen nicht mal die Kinder aus dem Haus etwas. Da ich sehr kontaktfreudig bin, habe ich zwar nach kürzester Zeit einige Nachbarn gekannt. Das ist untypisch für Prag. Auch die Ökologie war unter dem Kommunismus ein Fremdwort. Ein Beispiel: Hier existiert Mülltrennung seit 15 Jahren, aber sie klappt nur mühsam. Am meisten fehlen mir die politischen Diskussionen, wie ich sie mit FreundInnen und politisch Engagierten in Zug hatte. Ich mag auch Widerspruch, damit ich zu weiteren Erkenntnissen kommen kann. Und dann natürlich die demokratischen Rechte. Ich habe hier schon Referenden unterschrieben, zum Beispiel eines, das verlangt, dass man für Kohletagwerke Dörfer nicht einfach wegräumen darf. Das bringt nichts, da gibt es danach keine Volksabstimmung wie in der Schweiz.

**BULLETIN:** Du wirkst, als wärest du hin- und hergerissen?

**Madeleine Landolt:** Ja, das bin ich immer mal wieder. Vor einem Monat hatte ich eine echte Krise, vor allem wegen den neo-nationalsozialistischen Tendenzen in Tschechien. Ich weiss, dass diese in Ungarn noch schlimmer sind, aber das ist ein kleiner Trost. Diese Entwicklung macht mir sehr zu schaffen. Diese Woche Aufenthalt in der Schweiz war sehr gut, um einen inneren Massstab zu finden. Ich komme immer mal wieder in die Schweiz, unter anderem, um Abstand zu gewinnen und aus Distanz wahrzunehmen, was mir an Tschechien liegt. Jetzt geht es mir wieder sehr gut.

**BULLETIN:** Wie sieht die politische Situation in Tschechien aus?

**Madeleine Landolt:** Kurz gesagt, chaotisch! Nach monatelanger Übergangsregierung sind am 25. Oktober vorgezogene Wahlen. Vor allem die bürgerliche Koalition (ODS, Top 09) war in Korruptionsfälle verstrickt. 23 Parteien kandidieren – die CSSD (die Sozialdemokraten) und die Kommunisten haben gute Chancen – aber neu kandidiert ein Millionär!!! Wenige Parteien haben ein gutes Programm – viel «Blabla». Wirkliche Anliegen werden nicht diskutiert. Wenigstens haben die CSSD, die Grünen und eine weitere kleine Partei 20 Romas auf ihren Listen. Zum ersten Mal seit 1990! Wenn das Bulletin erscheint, wissen wir, wie es in der politischen Landschaft der Tschechischen Republik genau aussieht.

**BULLETIN:** Und die Korruption allgemein?

**Madeleine Landolt:** Gewisse Leute haben nach der Wende unglaublich profitiert, weil man 1990 viel zu schnell privatisiert hat. Alles wurde privatisiert – staatliche Wohnungen, der Boden, Firmen. Dabei wurden viele rentable Firmen ins Ausland verkauft. Das war ein grosser Fehler. Bei der Privatisierung einer Kohlengrube in Nordböhmen wurde der tschechische Staat zum Beispiel um mehrere Hundert Millionen Franken betrogen. Die tschechische Politik und die Justiz scheint es nicht interessiert zu haben. Der ganze Handel soll über ein Konstrukt an Gesellschaften in der Schweiz und anderen Finanzplätzen abgewickelt worden sein. Mehrere Hundert Millionen Franken sollen die Angeklagten dabei gewaschen haben, und zweistellige Millionenbeträge seien in ihre Privatschatullen geflossen. Seit 2005 ermittelt die Schweizerische Bundesanwaltschaft. Die Schweiz hat in diesem Fall sehr beispielhaft gehandelt und mehr als 600 Mio. Franken blockiert, sie wartet immer

noch auf die Antwort aus Tschechien, was mit dem Geld passieren soll.

**BULLETIN:** Wie sieht es mit der Fremdenfeindlichkeit aus?

**Madeleine Landolt:** Tschechien ist doppelt so gross wie die Schweiz und hat ungefähr 10 Millionen EinwohnerInnen. Die Tschechen haben einen Ausländeranteil von 4%, die



Roma-Kinder sinnvoll beschäftigen: ein Engagement von Madeleine Landolt.

Schweiz dagegen 23%. Das als Vorbemerkung. Eine spezielle Rolle spielen die Roma, aber die meisten von ihnen haben einen tschechischen Pass, sind also keine AusländerInnen. Die Roma sind unglaublich verhasst, alle fluchen über sie, obwohl ganz wenige überhaupt Roma kennen. Ich habe erlebt, dass Roma überhaupt nicht nur faul sind, sie klauen auch nicht nur, um die gängigsten Klischees zu bedienen. Ich sage jeweils, dass die Tschechen mehr klauen als die Roma. Damit meine ich natürlich, jene «obenuse». Ich habe auch mit meinen FreundInnen in Prag unglaubliche Diskussionen zu diesem Thema. In meinem Wohnquartier hat es auch ziemlich viele Roma, ich geniesse das, habe aber die Beobachtung gemacht, dass dort, wo viele Roma in eine Schule gehen, die Weissen einfach ihre Kinder aus der Schule nehmen und in andere Quartiere umteilen lassen. Leider fehlt auch der politische Wille für eine Integration der Roma. Die Regierung verhindert die Durchmi-

schung, indem sie zum Beispiel ganze Plattenbausiedlungen mit Roma füllt. Bei mir wird der Abfallcontainer dreimal pro Woche geleert, in den Roma-Siedlungen zweimal im Monat. Und dann sagt man, die Roma wären unsauber und hätten ein Puff.

**BULLETIN:** Hast du Kontakte zu den Roma?

**Madeleine Landolt:** Schon bevor ich vor 8 Jahren wieder nach Prag ging, wusste ich, dass ich eine Aufgabe haben will. Ich habe schon vor der Schweiz aus Kontakte zum Open Society Fund in Prag geknüpft und in der Folge Kontakte zu Roma erhalten. Ich habe mit ihnen gelebt, habe ihnen Geld für Ausbildungen gegeben und sehr viel im Umgang mit ihnen gelernt. Ich hatte Glück, dass ich einen Roma kennen gelernt habe, der Minderheitenbeauftragter in Prag war. Und er konnte Deutsch. Das war ideal für mich, bei schwierigen Fragen konnte ich ihn beiziehen – auch als Kulturvermittler. Er half mir jeweils zu entscheiden, welcher Organisation ich Geld geben und welcher ich Material kaufen soll, weil sonst das Geld verschwunden wäre. Ich brauche Belege für meine Zuwendungen, weil ich diese für den tschechischen Staat brauche. Ich steuere quasi mit Spenden. Das ist in Tschechien möglich, ich muss es einfach nachweisen können. Im Verlaufe der Zeit erhielt ich Kontakt zu einer Roma-Organisation, die Kinder in ihrer Freizeit sinnvoll beschäftigt. Die Kinder waren zwischen 5 und 12 Jahre alt und wurden von einer Sozialarbeiterin und mir nach der Schule betreut. Doch leider ist das Ganze nach zwei Jahren eingegangen – warum weiss ich leider nicht. Seit 2 Jahren arbeite ich punktuell in einer Stiftung, die vor allem Flüchtlinge aus den ehemaligen Sowjetrepubliken betreut. Und seit etwas mehr als einem Monat helfe ich bei der Betreuung von Romakindern im Vor-

6

schulalter – 2 Tage in der Woche. Eine sehr sinnvolle gute Arbeit und ich lerne viel.

**BULLETIN:** Wie wurdest du politisiert?

**Madeleine Landolt:** Wir hatten sehr viele politische Diskussionen zu Hause. Meine Eltern waren in der SP und der Gewerkschaft und verlangten von uns Kindern politisches und gesellschaftliches Engagement. Ich bin nach meiner Ausbildung als Hochbauzeichnerin nach Zürich gegangen, bin in die PdA eingetreten. Mein Vater hat die Hände «verrührt»,

gehabt und einmischen will ich mich nicht mehr. Aber mich interessiert es immer noch sehr, was die Alternative-die Grünen machen. Ich hatte mich parteipolitisch auf vielfältige Weise engagiert. Aber frag mich nicht, wann ich im Kantonsrat war. Es fehlt mir in Prag sehr, dass sich die Leute nicht so engagieren. Ich sage zu den Tschechen immer: Ihr seid wie Schafe und ihr Herdentrieb. Organisiert euch, geht in die Gewerkschaften! Euch fehlt Zivilcourage, auch im Privatleben. Was versteht ihr unter eurer Freiheit? Einkaufszentren? Ich weiss, das ist

Todestag hat. Ich beschäftige mich seit langem mit dem Sozialismus und damit, was funktioniert hat und was nicht. Mich interessiert an Tschechien nicht die monarchische Vergangenheit, sondern die Zeit der Gründung der Tschechoslowakei, z.B. Tomáš G. Masaryk, der ein ausgezeichneter Präsident war und 1935 starb. Über diese Zeit lese ich auch sehr viel. Klar kann man sagen, der Kommunismus hat versagt, die kommunistischen Länder auch. ABER wo steht der Kapitalismus heute? Versagt er nicht auch gerade? Ich habe immer noch den Traum einer gerechteren Welt.



Nur nicht in die Sackgasse: Kundgebung gegen Neonazismus in Tschechien.

obwohl man in Steinhausen gesagt hat, er sei ein Kommunist, was er nicht war. Ich war 2 Jahre in der PdA und habe dann zur SP gewechselt. Nachdem ich wieder in Zug war, war ich anfänglich auch in der SP, sogar in der Geschäftsleitung. Dann ist sie mir zu sehr nach rechts gerückt, und wir haben die SGA gegründet, und dann war ich vor allem dort aktiv. Ich muss sagen, ich hätte nie dem Namenswechsel zugestimmt und ich wäre nie den Grünen beigetreten. Mir fehlt das Sozialistische, grün reicht mir nicht. Das reduziert. Aber vermutlich hätte ich kein Brot

etwas überheblich von mir. Wir hatten in der Schweiz lang Zeit um «unsere Demokratie» zu entwickeln.

**BULLETIN:** Wieso fehlt dir das Sozialistische?

**Madeleine Landolt:** Ich will einen starken Staat. Meiner Meinung nach müssen Betriebe staatlich sein oder selber verwaltet werden. Den Genossenschaftsgedanke finde ich wichtig. Ich finde es falsch, dass man sich privat so bereichern kann. Klar will ich keine staatliche Unterdrückung. Ich lese viel zu diesem Thema, zurzeit Bebel, der dieses Jahr seinen 100.

**BULLETIN:** Wie bekommst du die Veränderungen in Zug mit?

**Madeleine Landolt:** Ich lese so viel wie möglich. Ich habe die WOZ noch immer abonniert, die grossen Zeitungen lese ich per Internet und durch das BULLETIN beispielsweise bin ich ziemlich gut informiert, was in der Schweiz läuft. Im Übrigen wollte ich euch schon lange sagen, dass ihr gute Arbeit macht im BULLETIN. Es hat mich erschlagen, als ich die Siedlungen zwischen Zug und Baar sah. Es mögen ja schöne Wohnungen sein, aber es fehlen die Grünflächen. Gegenüber meiner Wohnung zum Beispiel sehe ich zwar eine stiere Fassade, aber der Hinterhof ist traumhaft. Ich nehme an nationalen Abstimmungen der Schweiz teil. Ich könnte jetzt den tschechischen Pass beantragen, doch meine Kolleginnen meinen dazu nur, dass sie mir dabei nicht helfen würden, weil ich kommunistisch wählen würde (lacht). Meinen schweizerischen Pass würde ich aber nicht weggeben. Nicht aus riesiger Liebe zur Schweiz, aber einer bescheidenen Liebe zur alten Heimat und Wertschätzung.

**BULLETIN:** Vielen Dank für das Interview, Madeleine, ich wünsche dir alles Gute! ■

# Kantonsratswahlen und Fische

Manuela Weichelt-Picard | Bild Paula Gisler

**Was haben die Kantonsratswahlen mit der Integration und den Fischen gemeinsam? Es sind alles Themen, die in meiner Direktion, der Direktion des Innern, bearbeitet werden. Die Kantonsratswahlen können dank den Alternativen – die Grünen nächstes Jahr endlich verfassungskonform durchgeführt werden. Die überwältigende Annahme des neuen Sitzzuteilungsmodells durch das Zuger Stimmvolk mit über 80 % war ein grosser Erfolg für uns und ein Vertrauensbeweis für mich als linke Regierungsrätin. Für die Direktion des Innern steht aber nicht nur der Mensch im Mittelpunkt. Mit dem Zugersee machen wir deshalb an einem nationalen Forschungsprojekt mit.**

In diesen Sommerferien hat das Bundesgericht zum zweiten Mal ein klares Urteil über die Kantonsratswahlen im Kanton Zug gefällt: Unsere Kantonsratswahlen sind verfassungswidrig! Der Kantonsrat wollte dem Volk im September 2013 eine Variantenabstimmung vorlegen. Dabei wäre eine der beiden Varianten verfassungswidrig gewesen, weil er das heutige System in der Kantonsverfassung festschreiben wollte. Im Juni haben die Alternativen – die Grünen, SP, CSP und sechs Privatpersonen beim Bundesgericht Beschwerde gegen den Kantonsratsbeschluss vom Mai 2013 zur Durchführung der Volksabstimmung zur Variante B erhoben. Das Bundesgericht hat mit Urteil vom 10. Juli die Beschwerde gutgeheissen und festgehalten, dass die Variante B den Eindruck erwecken würde, diese Vorlage B sei verfassungskonform, was nicht zutrifft. Eine Abstimmung über eine derart offensichtlich bundesverfassungswidrige Vorlage beeinträchtigt die freie Willensbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Damit werde die Wahl- und Abstimmungsfreiheit verletzt. Das Bundesgericht hob deshalb den Beschluss des Kantonsrates, dass über die Variante B abgestimmt werden darf, auf. Somit haben wir im Herbst

nur über die verfassungskonforme Variante abgestimmt. Über 80 % des Zuger Stimmvolkes haben die jahrelangen Bemühungen der Linken für ein gerechtes Wahlsystem bei den Kantonsratswahlen honoriert und



Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin Zug, Departement des Innern.

mir als zuständige Regierungsrätin einmal mehr Vertrauen geschenkt: Ein grosser Erfolg.

## **Grüne und Alternative in jeder Gemeinde**

Das Wahlsystem ändert bei den Kantonsratswahlen nicht. Hingegen die Berechnung der Sitzzuteilung sehr. In einem ersten Schritt werden die gültigen Stimmen im ganzen Kanton

ausgezählt und die Sitze pro Partei vergeben. Erst in einem zweiten Schritt werden die Parteisitze auf die Gemeinden verteilt. So geht kaum eine Stimme verloren bzw. jede Stimme ist wichtig. Wir Grünen und Alternativen müssen in jeder der 11 Gemeinden für die Kantonsratswahlen antreten. Unsere Kantonsratslisten müssen wir in jeder Gemeinde gleich benennen, damit alle Stimmen für unsere Listen zusammengezählt werden. Als Regierungsrätin bin ich auf eine starke Fraktion angewiesen. Ich freue mich über jede Frau und jeden Mann, welche mit Engagement und Freude für den Kantonsrat kandidiert und die Anliegen der Alternativen – die Grünen unterstützt.

## **Der Umwelt Sorge tragen**

Die Direktion des Innern macht mit beim Forschungsprojekt «Projet Lac». Die EAWAG als nationales Institut für Wasserforschung hat im August während einer Woche den Zugersee hinsichtlich Fischbiodiversität und Fischbeständen untersucht. Es ist eine Riesenchance für den Kanton Zug, die Fischartenvielfalt im Zugersee so detailliert zu untersuchen. Denn: Der Zugersee ist ein Problemsee hinsichtlich der Nährstoffsituation. Das liegt auch am See selbst, der durch seine Besonderheiten bezüglich Lage, Wassererneuerung etc. vergleichsweise nur schwierig in seinen ursprünglichen Zustand zurückgeführt werden kann. Wir müssen anhand unseres heutigen Wissens davon ausgehen, dass Röteln und Felchen ohne künstliche Nachzucht nicht überleben würden. Zudem gibt es nur noch eine Felchenform im Zugersee, während es früher mehrere Ökotypen gab. Wir sind gespannt auf den Schlussbericht. ■

# Vier Standbeine für Zug

Esther Haas und Hanni Schriber, Kantonsrätinnen Alternative Grüne Fraktion |  
Bilder Esther Haas

**8** Während der letzten zwei Jahren hat die Standortfrage für die Zuger Mittelschulen gleich zwei Direktionen dauerbeschäftigt: Sowohl Bildungs- als auch Baudirektion waren, mal gleichzeitig, mal gestaffelt, involviert in die Frage, wie viele Mittelschulen sich der Kanton Zug künftig leisten soll und wo diese zu stehen kommen. Als Standort gesetzt war einzig die Kantonsschule am Lüsiweg in Zug. Die bestehenden Standorte Menzingen und Hofstrasse (Athene) Zug sowie der wieder mögliche Röhrliberg in Cham standen zur Diskussion.

Als im Sommer 2011 die Kantonsrätinnen und Kantonsräte von zwei ehemaligen Rektoratsmitgliedern der Kanti mit einem Positionspapier zur Standortfrage der Mittelschulen bedient wurden, kam dies einem Paradigmenwechsel gleich: Nicht ein politischer Vorstoss stand am Anfang einer Kehrtwende, sondern ein orchestriertes Zusammengehen von verschiedensten Interessenvertreterinnen und -vertretern und den Medien. Im Herbst 2011 brachten die Gemeinden Cham, Hünenberg und Risch-Rotkreuz wieder den Mittelschulstandort «Ennetsee» ins Spiel. Auch der Eigentümer des Allmendhofes in Cham bekundete 2012 wieder seine Bereitschaft zum Verkauf von Land an den Kanton. Dies erstaunte doch sehr, da die Standorte der Mittelschulen schon beim Erlass des Kantonalen Richtplanes 2004 ein Thema waren. Der Standort Röhrliberg in Cham wurde damals in den Richtplan aufgenommen. Weil aber die Landverhandlungen am Widerstand des Grundeigentümers scheiterten, musste dieser Standort 2008 wieder aus dem Richtplan gestrichen werden, da kein anderer geeigneter Standort im Ennetsee zur Verfügung stand.

## Schwankende SchülerInnenzahlen

Vorerst fokussierten sich die Diskussionen auf regionalpolitische Überlegungen: Der längere Schulweg schien die Berggemeinden zu benachteiligen. Befragungen bei Lernenden und Eltern ergaben aber keine signifikanten Hinweise auf die Wichtigkeit des Schulweges. Ver-

schiedene andere Probleme sind aber gegeben: Hier die grosse Kanti, welche aus allen Nähten zu platzen droht und wo der Unterricht zwischenzeitlich auf den Gängen stattfinden muss. Dort das kleine Kurzzeitgymnasium Menzingen (kgm), wo die SchülerInnenzahlen sinken, obwohl der Schule von allen Seiten



Hier soll dereinst die Chamer Kantonsschule zu stehen kommen.

(wie übrigens auch der Kanti) höchste Schulqualität attestiert wird. Seit der Eröffnung des kgm 2003 stiegen die SchülerInnenzahlen planmässig (12 Klassen mit 220 SchülerInnen). Ab 2009 begannen die Zahlen zu stagnieren, während jene an der Kanti seit 2001 stetig anstiegen (2001 rund 14 Prozent Übertritte, 2010 über 20 Prozent). Erst jetzt wurde eine Mittelschulgesamtplanung – mit Kanti, kgm und FMS (Fachmittelschule) – gemacht. Dies darf mit Fug und Recht als Unterlassungssünde bezeichnet werden.

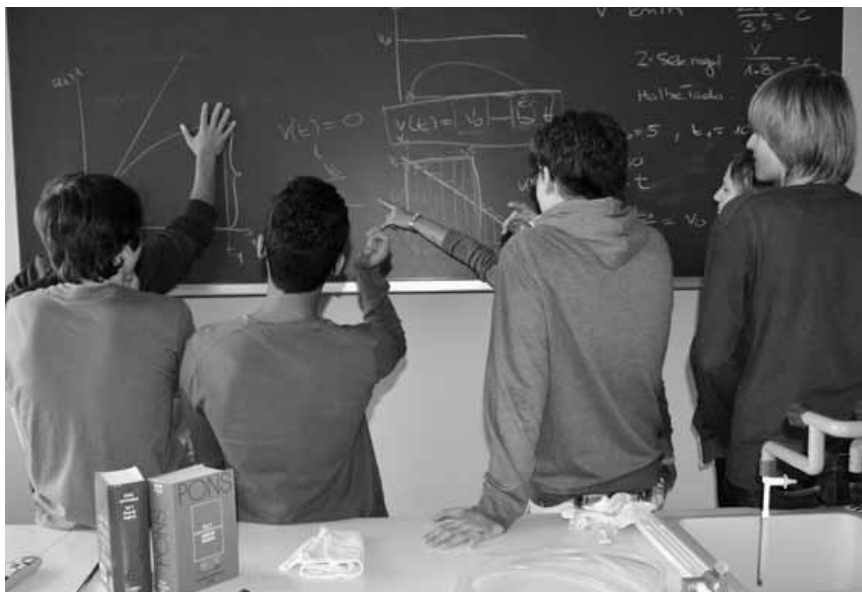
## Kurzzeitgymnasien tun sich schwer

Dem Standort in Menzingen die Schuld an den sinkenden Zahlen zuzuweisen, wäre zu einfach – die Fehlentwicklung muss auch noch andere Gründe haben. Momentan ist ein Bildungswettkampf im Gang mit dem Effekt, dass Eltern ihre Kinder möglichst schnell auf die Gymnasiumsschiene bringen wollen. Weil der Kanton Zug keine Steuerungselemente (Quoten für das sechsjährige Gymnasium) kennt wie beispielsweise der Kanton Zürich, nahmen die SchülerInnenzahlen an der Kanti in den letzten Jahren übermassig zu. Jetzt kommt die Politik zum Zug, denn falls der Kanton Zug kein Steuerungselement will, braucht es auch

kein vierjähriges Gymnasium mehr. Hierzu ein Beispiel aus dem Nachbarkanton Luzern: Ursprünglich als Langzeitgymnasium konzipiert, bekam das Gymnasium Willisau den Auftrag, ein Kurzzeitgymnasium einzuführen. Der Kanton Luzern hatte auch keine Steuerungselemente und der Auftrag scheiterte.

Die Politik im Kanton Zug reagierte: Die Kantonsräte Arthur Walker und Dominik Lehner verlangten in einer Motion, dass der Kanton Zug das Langzeitgymnasium abschaffe, um dieses durch das Kurzzeitgymnasium





Über allen politischen Überlegungen muss die Qualität der Schulen stehen.

zu ersetzen. Die Alternative Grüne Fraktion konnte und kann diesem allfälligen Systemwechsel viel Positives abgewinnen, weil im Alter von elf oder zwölf Jahren die wichtige Vorentscheidung über den Berufsweg eine unnötige Zusatzherausforderung darstellt. Die pubertären Wirren allein genügen als Belastungsfaktor. Von einer späteren Selektion könnte auch die Berufsbildung profitieren, kämen doch die schulischen Talente allenfalls in der Sekundarschule eher auf die Idee, dass eine Berufslehre eine echte Alternative zum Gymnasium ist. Die Regierung und der Kantonsrat wollten aber nichts wissen von der Abschaffung des Langzeitgymnasiums, also blieb alles beim Alten. Dass der Kanton Zug ein Kurzzeitgymnasium braucht, wurde aber von niemandem bestritten. Ein Kurzzeitgymnasium ist – das zeigen Erfahrungen – symbiotisch an die Existenz eines Langzeitgymnasiums gebunden. Am 28. August 2012 verfügte deshalb die Direktion für Bildung und Kultur, dass am Kantonalen Gymnasium Menzingen per Schuljahr 2015/2016 neben dem Kurzzeitgymnasium ein Langzeitgym-

nasium mit voraussichtlich zwei Parallelklassen eingeführt werde.

#### Motionen führen zu einer Neubeurteilung

Mit zwei Motionen wurde im Frühjahr 2012 die Standortfrage der zugerischen Mittelschulen gestellt und eine Neuevaluation verlangt. Die endgültige Klärung der Standortfragen war einerseits wichtig, andererseits wurde die praktisch fertige Planung für Ausbau und Sanierung der Schulhäuser an der Kanti, in Menzingen und an der Hofstrasse auf Eis gelegt. Und während die Platznot an der Kanti langsam unerträglich wurde, mussten am kgm buchstäblich ständig Löcher gestopft werden, damit undichte Stellen am Gebäude nicht weiteren Schaden anrichteten. Als einzige Fraktion setzte sich die Alternative Grüne Fraktion bereits zu Beginn der Debatte zu den beiden Motionen dafür ein, das Eine zu tun und das Andere nicht zu lassen. Konkret: Ja zum neuen Standort Cham mit gleichzeitigen Investitionen in die bestehenden drei Standorte. Als Antwort auf die Motionen wurden in einem Mitwirkungsprozess

zwischen Sommer und Dezember 2012 verschiedene Varianten in bildungspolitischer und raumplanerischer Hinsicht geprüft. Cham war als Standort inzwischen fast so fest im Sattel wie die Kanti in Zug, umstritten blieben Menzingen und die Hofstrasse. Während des Mitwirkungsverfahrens konnten sich immer weniger Teilnehmende mit der Vorstellung von zwei Monsterschulen – am Lüsiweg in Zug und im Röhrliberg in Cham – anfreunden. Dass sich Menzingen und die Hofstrasse als eigene Standorte letztlich halten konnten, fusst auf einem schweizweiten Erfahrungswert: Die ideale Schule bietet Platz für mindestens 400 und höchstens 1000 SchülerInnen.

#### Flexible Lösungen nötig

Die Prognosen über die Entwicklung der SchülerInnenzahlen im Kanton Zug unterscheiden sich je nach Modell erheblich. Deshalb schien es der Alternativen Grünen Fraktion wichtig, eine flexible Standortplanung vorzusehen, das heisst ohne Festlegung einzelner Schultypen. Eine Ausnahme zu diesem Grundsatz ist die Hofstrasse: Die Fachmittelschule gilt hier als gesetzt. Eine ideale Ergänzung zur FMS wäre die Wirtschaftsmittelschule (WMS). Mit diesen beiden Schulen unter einem Dach könnten Pensen- und SchülerInnen-schwankungen besser aufgefangen werden, und die Mindestgrösse von 400 SchülerInnen würde erreicht. FMS und WMS an der Hofstrasse unter einem Dach – eine teure, aber sinnvolle Lösung, denn an der Kanti, wo die WMS heute untergebracht ist, entstünde mehr Raum für künftiges Wachstum.

In ihrer Botschaft teilte die Regierung unsere Überlegungen, ausser was den Standort der WMS betrifft. Diesen sieht die Regierung an der Kanti vor. Noch warten wir aber auf die Baukredite, damit die Sanierungen und Umbauten umgehend an die Hand genommen werden können. ■

# 15 Jahre Kantonsrat

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN | Bild Anna Lustenberger

10

**Anna Lustenberger wurde im Herbst 1998 in den Kantonsrat gewählt, damals noch als Parteilose. Bald schloss sie sich der damaligen SGA an. Sie hat während fast vier Legislaturperioden die Ratsgeschäfte mitbestimmt. Wegen vermehrten Aufgaben im Schweizerischen SpielgruppenleiterInnen-Verband SSLV hat sie sich in diesem Herbst zum Rücktritt entschieden. Das Bulletin hat Anna zu ihrer Tätigkeit im Kantonsrat befragt. Das Interview führte das BULLETIN am 25. November 2013.**

**BULLETIN:** Wie war der Einstieg in den kantonalen Politbetrieb?

**Anna Lustenberger:** Es war unglaublich neu – aber ich hatte gute «Gottis». Eine Weile habe ich zusammen mit Ruth Wyss, Sibylla Schmid und Annemarie Csomor vor jeder Sitzung alle Geschäfte mehr oder weniger durchbesprochen – eine grosse Hilfe und eine politische Schulung. Ich nahm in Kommissionen Einsitz, von deren Materie ich herzlich wenig wusste. Eine neue Herausforderung! So war ich gleich Mitglied in der damaligen Kommission zur Totalrevision des Gesetzes für Gewässer- und Hochwasserschutz. Zusammen mit Anne Ithen und Jeannette Bruckbach (SP) waren wir bald ein eingefleischtes Trio.

**BULLETIN:** An welche Kommissionen erinnerst Du dich besonders gut?

**Anna Lustenberger:** Eine erste grosse Kommissionsarbeit war die Parlamentsreform. Das Parlament wollte die Geschäftsordnung in ein Kantonsratsgesetz umwandeln. Es sollte nachher effizienter vorwärtsgehen. Über 30 Sitzungen habe ich in dieser Kommission erlebt und nachher wurde das ganze abgeschmettert. Dort habe ich das erste Mal erlebt, dass Effizienz und Ineffizienz sehr nahe beieinanderliegen. Die sehr juristische Arbeit war spannend und ich habe am Beispiel eine hochwertige Ausbildung über politische Abläufe, die Parlamentsarbeit usw. genossen. Überhaupt, die juristischen Kommissionen haben es mir angetan. So war ich auch Mitglied der Totalre-

vision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes und reichte zusammen mit Alois Gössi einen Minderheitsbericht ein, in dem wir bereits damals den Doppelten Pukelsheim forderten. Nun kommt er bei den nächsten Wahlen zum ersten Mal zur Anwendung. Ebenfalls war ich vier Jahre Mitglied der Konkordatskommission. Da gewann ich Einblicke in verschiedenste Bereiche. Bei allen Kommissionen schätzte ich das Wissen der Sachbearbeiter der jeweiligen Direktionen. Die Kommissionsarbeiten waren für mich das Spannendste in meiner Kantonsratsstätigkeit.

**BULLETIN:** Welches ist das Highlight in deiner politischen Tätigkeit?

**Anna Lustenberger:** Die ganze Kampagne zu den beiden Initiativen «Kein Abbau beim Handwerklichen Gestalten» und «Ja zu einer Fremdsprache in der Primarschule» war ein Höhepunkt in meiner politischen Arbeit. Alle Parteien waren, zusammen mit Lehrpersonen, im Komitee vertreten. Als Präsidentin dieses Komitees hatte ich in Georg Helfenstein (CVP) einen zuverlässigen Vizepräsidenten zur Seite. Auch wenn wir beide Initiativen knapp verloren haben (nun aber immer mehr und mehr Recht bekommen), möchte ich diese Zeit nicht missen. Sehr gerne erinnere ich mich an die Wahl von Hanspeter Uster zum Landammann und von Erwina Winiger zur Kantonsratspräsidentin. Diese Wahlen gingen nie mit einem grossen Ja-Stimmen-Anteil über die Bühne, aber es hat immer geklappt.

**BULLETIN:** Aus links-grüner Minderheitsposition heraus ist es sehr schwierig, eigenen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen. Gibt es trotzdem Erfolgserlebnisse, was hast Du erreicht?

**Anna Lustenberger:** Vorstösse von unserer Seite haben tatsächlich wenig Chancen. Ein Vorstoss zu einem obligatorischen Kindergartenjahr, zusammen mit Diana Stadelmann (SP), wurde gutgeheissen. Mit Alois Gössi habe ich eine Motion eingereicht, damit die kantonalen und gemeindlichen Wahlen auf einen Sonntag zusammengelegt wurden. Auch das hat geklappt. Aber es sind keine linksgrünen Kernanliegen, daher fanden sie eine Mehrheit. Am Ende der ersten Legislatur übernahm ich das Präsidium einer Kommission für ein neues Tagesheim der Stiftung Phönix für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. Die Stawiko lehnte das Geschäft mit einer Gegenstimme ab. Ich machte grosse Lobbyarbeit bei den Bürgerlichen. Die Vorlage wurde mit fast 50 Stimmen angenommen. Darüber freue ich mich immer noch – also Lobbyieren bei Kantonsratskollegen und Kolleginnen ist sehr wichtig. Nur so können wir etwas erreichen.

**BULLETIN:** In den letzten Jahren haben sich mit dem Aufstieg der SVP die Gewichte innerhalb des bürgerlichen Lagers verschoben. Wie hast du dies wahrgenommen?

**Anna Lustenberger:** Das bürgerliche Lager ist nicht nur wegen der SVP rechter und kompromissloser geworden. Auch in der CVP und FDP habe ich einen starken Rechtsrutsch erlebt – leider auch bei den bürgerlichen Frauen. Diese konnte man anfangs meiner Ratszeit oft noch für Anliegen gewinnen. Das ist nun nur noch höchst selten der Fall; auch bei der CVP haben Frauen mit einem stärkeren sozialen Gewissen kaum Chance.

**BULLETIN:** Wie hast Du die verschiedenen Fraktionen erlebt – immerhin ist man eine wahlbedingte Schicksalsgemeinschaft?

**Anna Lustenberger:** Ich erlebte zwei personell starke Fraktionen, wo wir jeweils in den Kommissionen zwei Sitze einnehmen konnten. Das ist bedeutend einfacher, als wenn man nur alleine ist. In der zweiten Legislatur mit nur einem Kommissionsitz suchte ich stärker die Zusammenarbeit mit meinem SP-«Gschpänli». An diese Legislatur denke ich oft mit Stolz über uns zurück. Erwina Winiger wurde Kantonsratspräsidentin, sie konnte keine Kommissionsarbeit mehr annehmen. Mit dem Wegzug von Lilian Hurscheler verloren wir einen Sitz und trotzdem waren wir eine sehr aktive starke Fraktion, wie dies auch jetzt der Fall ist.

**BULLETIN:** Was hat sich in all den Jahren für dich negativ verändert?

**Anna Lustenberger:** Es gibt heute mehr Kommissionen mit ständigem Auftrag, etwa die Bildungskommission und die Hochbaukommission. Die Chance ist so genommen, dass man auch in einer solchen Kommission mitmachen kann, was früher möglich war. Ich konnte in Bildungsfragen mitsprechen, oder, wenn es um Neubauten von Schulhäusern ging. Jetzt war ich einfach noch Mitglied der Tiefbaukommission. Es sollte viel weniger Kommissionen mit ständigem Auftrag geben. Man ist jetzt nicht effizienter, im Gegenteil.

**BULLETIN:** Wie geht man damit um, menschlich geschätzt zu werden, politisch aber meistens zu verlieren und abgekanzelt zu werden?

**Anna Lustenberger:** Der Kantonsrat war für mich ein wenig wie eine Familie. Auf persönlicher Ebene kann man es mit allen gut haben. Ich liebe die Menschen und bringe ihnen Wertschätzung entgegen. Das erhalte und erhielt ich auch von ihnen. Mir machten Niederlagen Mü-



Beim Milchsuppenstein mit Hans Läubli, Kantonsrat Affoltern. Aktion gegen den Golfplatz Zugersee, Ende März 2013.

he, bei denen Menschen zu Leidtragenden wurden. In einem solchen Moment suchte ich beim gemeinsamen Mittagessen meine Fraktionskolleginnen und -kollegen und gewann so etwas Abstand. Ich habe weder eine Elefantenhaut, noch bin ich abgehärtet und das wollte ich auch nie, denn nur so kann man die Menschen richtig verstehen.

**BULLETIN:** Möchtest Du noch etwas zum Attentat sagen, das Du selber miterlebt hast?

**Anna Lustenberger:** Wenn ich zurückdenke, kann ich manchmal fast nicht glauben, dass wir dies überstehen konnten. Ich glaube, ich bin seither verletzlicher. Aber es ist einfach so, das Leben geht weiter. Es wird mir immer präsent sein und gehört zu meinem Leben. Jetzt sind mehr als 12 Jahre vergangen. Ich freue mich je-

weils, wenn ich von den Schwerbetroffenen höre und miterlebe, das es ihnen heute gut geht. Ich wünschte mir, dass dies bei allen Schwerbetroffenen so wäre – leider ist dies nicht so und das ist dann schwierig zu akzeptieren.

**BULLETIN:** Dein Sohn Andreas hat die Nachfolge angetreten. Was gibst Du ihm mit auf den Weg?

**Anna Lustenberger:** Seiner grünen Linie treu bleiben, aber allen Wertschätzung entgegen bringen. Das verhilft ihm zu Akzeptanz. Ich wünsche ihm genügend Zeit und Befriedigung für dieses spannende Amt und freue mich, dass er nun mit Elan uns Grüne vertritt.

**BULLETIN:** Liebe Anna, wir danken dir für deine Arbeit und dieses Interview und wünschen alles Gute! ■

# ... doch weiter kommt man ohne ihr!

Astrid Estermann, Grosser Gemeinderat Zug

12

**Der Titel ist eine Anlehnung an das Sprichwort: Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr! Die Peikert Immobilien AG ist so auf Maximalprofit aus, dass sie sich nicht scheut, öffentlich auf Gewinnmaximierung zu pochen und keine Hemmungen hat, auch gerichtlich gegen die Stadt Zug vorzugehen.**

Die Peikert Immobilien AG hat gerade neulich zwei Grundstücke an allerbesten Lage unterhalb der Blasenbergstrasse und neben dem Restaurant Rötelberg erworben. Dieses Restaurant hat bekanntlich die Stadt Zug für 5 Millionen Franken erworben, damit die Perle als Aussichtspunkt und Restaurant erhalten bleibt. Die Peikert Immobilien AG wird nun mit der Stadt in Verhandlung treten, welche Art von Überbauung möglich und was denn eine sogenannte Perle ist. Da läuten einem bereits die Glocken. Die Peikert Immobilien AG ist nämlich auch die Eigentümerin des Park Tower und da wird mittlerweile über jedes Wort und jede Bezeichnung gestritten und mit Gericht gedroht – es geht schliesslich um viel Geld.

## Neue Pläne ...

Die damalige Grundeigentümerin Siemens schwärmte uns für das Hochhaus Park Tower noch eine Hotelnutzung in Kombination mit Wohnen und Dienstleistungen mit einem öffentlichen Bereich im obersten Geschoss und einem Café-Restaurant im Erdgeschoss vor. Und das inmitten eines öffentlichen Parks mit einer Sammlung verschiedener Baumarten – Arboretum genannt. Entsprechend diesen Entwicklungszielen legte der Grosse Gemeinderat die Bestimmungen für das Hochhaus im Bebauungsplan Foyer wie folgt fest:

- Wohnanteil mindestens 60 %
- oberstes Geschoss mit teilweise öffentlicher Nutzung
- in den Erdgeschossen an der Dammstrasse sind publikumsorientierte Nutzungen anzuordnen, so dass ein attraktiver und belebter Umgebungsbereich entsteht

- für das Arboretum ist ein detaillierter Umgebungsplan einzureichen

In der Zwischenzeit wurde das Areal Foyer abparzelliert und verkauft. Die Peikert Immobilien AG und die Altras Management AG erwarben die Liegenschaft des Hochhauses Park Tower. Die neue Eigentümerschaft hat ein Bauprojekt entwickelt, das von einer Hotelnutzung absieht. Mit Ausnahme von Büronutzung in den unteren Geschossen ist ein reines Wohngebäude im Stockwerkeigentum geworden. Damit ist ein rein Spekulationsinteressen dienender Bau übriggeblieben.

## ... durch neuen Eigentümer

Die öffentliche Nutzung im obersten Geschoss passte der neuen Eigentümerschaft überhaupt nicht. Sie beklagte sich öffentlich, dass russische Oligarchen und andere reiche Interessierte sich beim Kauf der Wohnungen wieder zurückziehen, weil sie sich um ihre Nachtruhe sorgen. Interessant ist, dass nur wenige Hundert Meter vom Parktower das Uptown mit einer Skyounge als Bar betrieben wird.

Die darunterliegenden Geschosse waren von Anfang an vermietet. Dies trotz sehr hohen Mietpreisen. Die Peikert Immobilien AG fragte kurzerhand den Stadtrat an, ob nicht einfach auf die öffentliche Nutzung verzichtet werde könnte, indem sie 1.3 Millionen Franken zahlen. Der Stadtrat schwenkte zunächst sogar noch ein und musste von der Bau- und Planungskommission zurückgepfiffen werden. Bald wurde in einer Medienmitteilung durch den Stadtrat bekannt gegeben, dass nun eine Einigung erzielt und im obersten Geschoss des Park Towers ein ganzjährig nutzbarer geschlossener Gemeinschaftsraum von knapp 100 m<sup>2</sup> ge-



Bei der Fassadengestaltung stimmen die Abmachungen der Peikert Immobilien AG nicht mit den Fassadenelementen überein. Die Bestimmungen der Stadtbildkommission wurden übergangen.



Peikert Immobilien AG drohen gegenüber der Stadt mit dem Gang vor Gericht, da keine Einigung über den Begriff der «öffentlichen Nutzung» besteht. Es geht um viel Geld.

schaffen wird, der von der Zuger Bevölkerung für diverse Anlässe gemietet werden könne. Er solle im Rohbau erstellt und dann der Stadt übergeben werden.

### Streit statt Handel

Anstatt sich nun als Eigentümerin des Park Tower kooperativ mit der Stadt an die Umsetzung der öffentlichen Nutzung ans Werk zu machen, streitet sie sich mit dem Stadtrat über das Wort «öffentliche Nutzung» und «Rohausbau». Die Peikert Immobilien AG scheut sich nicht, Bedingungen aushandeln zu wollen, welche eine öffentliche Nutzung zunichtemachen, indem der Raum nur wenige Stunden am Tag und am Wochenende am liebsten gar nicht verwendet werden darf.

Exponenten, vornehmlich aus FDP-Kreisen, wollten ausserdem mit Leserbriefen weismachen, die Zuger Bevölkerung hätte gar keinen Bedarf für einen öffentlichen Raum. Werner Hauser von der FDP scheute sich nicht, nochmals eine Interpellation

zum Verzicht des öffentlichen Raumes einzureichen. Die Belegungen sowohl für die Säle der Stadt (Burgbachsaal, Siehbachsaal und Altstadtthalle) als auch für den Huwiler- und Pulverturm sprechen eine ganz andere Sprache. Sie sind genutzt, sehr gut genutzt und es gibt kein Wochenende, an welchem die Räumlichkeiten nicht vermietet sind. Mittlerweile ist bekannt, dass die Peikert Immobilien AG gegenüber der Stadt mit dem Gang vor Gericht droht, da keine Einigung über den Begriff der «öffentlichen Nutzung» besteht.

Ausserdem wird auch um das Wort «Rohausbau» gerungen: Auch hier geht es um viel Geld.

### Abmachungen umgangen

Bei der Fassadengestaltung hat sich die Peikert Immobilien AG bereits erfolgreich über die Bestimmungen der Stadtbildkommission hinweggesetzt, indem sie vollendete Tatsachen schaffte und die aus China stammenden Fassadenelemente be-

reits fixfertig bestellt und liefern liess. Sie stimmen nicht mit den Abmachungen überein. Von Urs Meier, Alternative – die Grünen, ist deshalb beim Stadtrat eine Interpellation hängig, ob wenigstens eine Busse für die Bauherrschaft angestrengt wird. Die Antwort steht noch aus.

Nun könnte man meinen, das sei bereits genug der Unverfrorenheit: Dem ist aber nicht so. Auch die publikumsorientierte Nutzung im Erdgeschoss wird in Frage gestellt. Am liebsten würde die Peikert Immobilien AG auch hier eine Büronutzung vorsehen. Bisher zeigte sich der Stadtrat standhaft. Es wird sich aber zeigen, inwieweit der Publikumsorientierung für einen attraktiven und belebten Umgebungsbereich Rechnung getragen wird.

### Schein statt Sein

Dazu noch einen letzten Blick auf andere Elemente des Bebauungsplans: Was uns als «Vielseitiger Stadtpark» mit Arboretum verkauft und im Flyer als grüne Wiese mit picknickenden Menschen visualisiert wurde, dürfte sich als (Zitat) «erdfarbener Platz» entpuppen. Vielleicht mit vereinzelt Bäumen gespickt. Das Arboretum Zürich ist eine das Stadtbild prägende Anlage. Das Arboretum Aubonne beherbergt dreitausend verschiedene Gehölzarten. Für das Foyer wird also mit Trugbildern und überhöhten Begriffen gearbeitet. Jedenfalls fragt sich angesichts der darunterliegenden Einstellhalle, wie hier grosse Bäume einmal wachsen sollen. In Zukunft sind alle Einzelheiten schriftlich in Bebauungsplänen festzuhalten, wenn es uns denn wichtig erscheint. Wir können offenbar nicht mehr auf Eigentümer zählen, welche sich auch einen Namen machen wollen, indem sie für die Allgemeinheit einstehen. Es geht einmal mehr in Zug um die Frage: Profit oder Lebensqualität? Lassen wir uns nichts vormachen. ■

# Zum Wohle der Pflegebedürftigen

Berty Zeiter, Gemeinderätin/Sozialvorsteherin in Baar | Bilder Berty Zeiter

14

**Im August 2013 tagte erstmals die Konferenz Langzeitpflege der Zuger Einwohnergemeinden. Was steckt hinter dieser neuen Organisation? Und wie funktioniert sie? Berty Zeiter leitete im Auftrag der SOVOKO (SozialvorsteherInnen-Konferenz) die Arbeitsgruppe, welche die Initiative dazu ergriff und sie umsetzte.**

Bis Ende 2011 waren die Aufgaben klar verteilt: Die Gemeinden im Kanton Zug waren zuständig für die Grundangebote in der Langzeitpflege, der Kanton für die spezialisierten Angebote. Konkret bedeutete dies, dass die Gemeinden die Kosten für die Spitex und die Investitionen in die gemeindlichen Alters- und Pflegeheime trugen. Der Kanton war zuständig für die Investitionen der vier regionalen Pflegeheime Neustadt in Zug, Luetgen in Menzingen und die Pflegezentren in Cham und Baar, und er kam auch für die Kosten der Akut- und Übergangspflege (AÜP) auf. Dann änderten das kantonale Spitalgesetz und das Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Mit einer Übergangsfrist bis Ende 2013 wurde festgelegt: Alle Heime werden in die Zuständigkeit der Kommunen übertragen, und die Gemeinden sind gemeinsam zuständig

für die Angebote der spezialisierten Langzeitpflege wie auch für die AÜP. Im Gesetz heisst es: «Kommen sie (die Gemeinden) diesen Aufgaben nicht zeitgerecht nach, handelt der Regierungsrat an ihrer Stelle.»

## Herausfordernde Aufgaben

Deshalb setzte die SOVOKO anfangs 2012 eine Arbeitsgruppe aus Exekutivmitgliedern und Fachleuten aus den Gemeindeverwaltungen ein, die ich präsidieren durfte. Wir hatten drei Aufgaben zu lösen:

- Wir mussten – auch unter Beizug von externen Experten – definieren, was wir unter spezialisierter Langzeitpflege überhaupt verstehen, welche Angebote die Gemeinden unter diesem Begriff bereit sind, zu finanzieren. So erarbeiteten wir eine Liste von 16 Angeboten, die wir den Gemeinden unterbreiteten.

- Wir mussten den Bedarf im Kanton Zug für diese 16 Angebote eruieren und die finanziellen Auswirkungen aufzeigen. Dabei wurde sichtbar, dass Gemeinden und Kanton im Jahre 2011 für die Langzeitpflege gesamthaft bereits CHF 32 Mio. aufwendeten. Die zusätzlichen Leistungen werden voraussichtlich mit etwa CHF 1,5–1,8 Mio. zu Buche schlagen, was einer Steigerung von 5–6 % entsprechen wird.
- Wir mussten eine Organisationsform schaffen, welche im Interesse der Gemeinden und der Bevölkerung effizient und dienstleistungsorientiert handeln kann, Leistungsvereinbarungen aushandelt und unterzeichnet, Tarife festlegt, planerische Aufgaben wahrnimmt etc. – und die von den Gemeinden auch akzeptiert wird.

## Die neuen Angebote

Nicht alle der vorgeschlagenen Leistungen sind neu. So führt die Stadt Zug bereits eine spezialisierte Wohnstation für Demenz-Erkrankte und eine gerontopsychiatrische Pflegestation in der Frauensteinmatt in Zug. Das Pflegezentrum Baar bietet ein Tageszentrum für Pflegebedürftige sowie eine Abteilung für jüngere behinderte Menschen an. Neu ist jedoch z.B., dass die Gemeinden die stationäre AÜP, die von den Krankenkassen nur bis 14 Tage nach Spitalaustritt bezahlt wird, auch länger finanzieren wollen, dass sie gemeinsam Ferienpflegebetten anbieten werden, damit pflegende Angehörige unbesorgt in die Ferien wegfahren können, dass die Gemeinden ferner Palliative Care ambulant, in Kombination mit der Nachtspitex, zu finanzieren gedenken, dass sie stationäre Palliative-Care-Pflegebetten schaffen usw. Durch die Aufrechterhaltung bestehender und die Schaffung neuer Angebote verfolgen die Gemeinden mehrere Ziele:

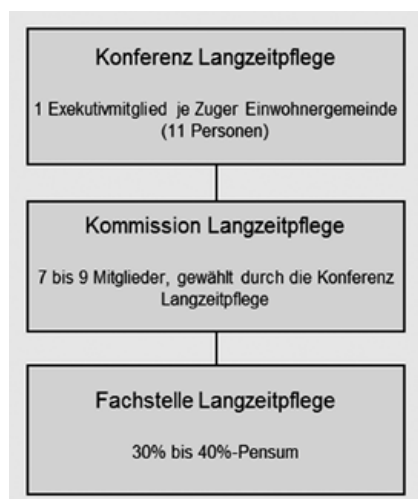


Im Pflegezentrum Baar bestehen bereits Angebote der spezialisierten Langzeitpflege.

- Pflegebedürftigen Menschen soll es ermöglicht werden, möglichst lange zu Hause zu bleiben («ambulant vor stationär»);
- Die Bevölkerung erhält qualitativ hochstehende und kosteneffiziente Dienstleistungen durch gemeinsame Leistungsaufträge angeboten;
- Die Versorgungsqualität für PatientInnen und Angehörige wird erhöht.

#### Die neue Organisationsform

Eine geeignete Organisationsform zu finden, stellte die grösste Knacknuss für die Arbeitsgruppe dar. Innovative Denkansätze waren gefragt. Einen Zweckverband gründen, wie die ZEBA, wollten wir aus mehreren Gründen nicht: Einerseits ist das Finanzvolumen von CHF 1,5 Mio. zu klein dafür, andererseits hätte die Zustimmung von 11 Gemeindeversammlungen eingeholt werden müssen, und die Zeit war dazu viel zu knapp. Und alle notwendigen Leistungsvereinbarungen über Verwaltungsvereinbarungen mit den Gemeindeexekutiven zu genehmigen, wie dies mit Spitex, Tagesfamilien u.a. der Fall ist, wäre ineffizient und zu aufwändig. So entstand die Idee, eine dreistufige Organisation zu schaffen:



Als strategisches Organ fungiert die Konferenz Langzeitpflege, in die jede Gemeindeexekutive eines ihrer Mitglieder wählt. Die Konferenz erhält von den Gemeinden abschliessende Entscheidungsbefugnis. Die Kommission Langzeitpflege, bestehend aus politischen VertreterInnen und Fachleuten aus den Gemeindeverwaltungen, ist operativ tätig, berät die Konferenz, bereitet die Leistungsvereinbarungen zuhanden der Konferenz vor und legt die Tarife fest. Diese Kommission übernimmt auch die Aufgaben der bisherigen Spitexkommission.

Die Fachstelle Langzeitpflege erarbeitet die Grundlagen für die Leistungsvereinbarungen, verhandelt die Tarife mit den Leistungsträgern und begleitet und berät die Kommission.

#### Zeitlicher Ablauf

Bis Mitte Juni 2013 stimmten sämtliche Exekutiven der Zuger Gemeinden der vorgeschlagenen Organisationsform zu. Das war für unsere Arbeitsgruppe eine äusserst erfreuliche Wertschätzung und Anerkennung unserer intensiven Arbeit.

Die von den Gemeinderäten und dem Stadtrat Zug bezeichneten Mitglieder tagten erstmals an der Konferenz vom 21. August 2013 und wählten die Hü-

nenberger Gemeinderätin Käty Hofer zur Präsidentin. Die Konferenz wählte ebenfalls die Kommission und ernannte mich als Baarer Sozialvorsteherin zur Kommissionpräsidentin. Die Aufgaben der Fachstelle Langzeitpflege werden dem Betriebsökonom Dr. Othmar Hausheer übertragen, der im Auftrag des Kantons bereits für die regionalen Pflegeheime die Tarife ausgearbeitet und überwacht hat.

So dürfen wir uns als Arbeitsgruppe daran freuen, dass uns ein entscheidender Schritt gelungen ist, eine gute Versorgung der Zuger Bevölkerung für den Fall von Pflegebedürftigkeit zu schaffen. Noch steht der Kommission und der Konferenz Langzeitpflege eine arbeitsintensive Zeit bevor, bis die angedachten Strukturen auf die Beine gestellt sind und funktionieren – aber auf der Basis der gefundenen Einigkeit werden wir auch die zukünftigen Aufgaben gut lösen können, davon bin ich überzeugt. ■

#### Mitglieder der Arbeitsgruppe:

In der Arbeitsgruppe haben sich engagiert:

- Berty Zeiter, Gemeinderätin, Vorsteherin Soziales/Familie, Baar, Vorsitz
- Christian Bollinger, Leiter Soziales und Gesundheit, Hünenberg
- Kerstin Borek, Leiterin Soziales und Gesundheit, Cham
- Andreas Bossard, Stadtrat, Vorsteher Departement Soziales, Umwelt, Sicherheit (SUS), Stadt Zug
- Othmar Hausheer, Dr. oec. publ., Fachstelle Langzeitpflege Zuger Gemeinden, Fachliche Begleitung/Protokoll
- Barbara Hotz, Leiterin Fachstelle Gesundheit/Alter, Baar
- Paul Iten, Gemeinderat, Vorsteher Sozialabteilung, Oberägeri
- Franz Keiser, Gemeinderat, Vorsteher Soziales und Gesundheit, Neuheim
- Ivo Romer, Stadtrat, Vorsteher Finanzdepartement, Stadt Zug (bis Ende November 2012)
- Bruno Werder, Gemeindepräsident, Vorsteher Finanzdepartement, Cham

# Krippen statt Gripen!

Andreas Lustenberger, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz, Kantonsrat  
Alternative Grüne Fraktion

**16** Im Oktober wurde das Referendum gegen den Gripenkauf lanciert. Rund zwei Monate später sind die Unterschriften zusammen und schon im nächsten Mai, spätestens im September entscheidet das Stimmvolk über die Beschaffung der neuen Gripen-Kampfflugzeuge.

Die Armee – ein heisses Eisen: Schon lange nicht mehr wurde so intensiv über die Schweizer Armee diskutiert wie in diesem Jahr: Gripenkauf, Abschaffung der Wehrpflicht, Lockerung der Kriegsmaterialverordnung, Reduzierung der Waffenplätze, Panzer in vergessenen Bunkern etc. Beim Gripenkauf geht es jedoch nicht um die Armee per se, sondern um eine teure Investition (Kauf: 3 Milliarden, Unterhalt: 6 Milliarden), welche das Haushaltsbudget der Schweiz in den nächsten Jahren massgebend belasten wird. Diese Investition ist unnötig und wird für den realen Auftrag der Armee, beziehungsweise der Luftpolizei nicht benötigt – die weltweite Tendenz zur Aufrüstung führt nicht zu mehr Frieden, im Gegenteil.

## 22 Spielzeuge

Der Gripenkauf soll über einen speziell dafür gegründeten Fond finanziert werden, der Unterhalt im Anschluss über das reguläre Armeebudget. Wie genau aber dieser Fond gefüllt werden soll, darüber schweigen sich die bürgerlichen Gripen-BefürworterInnen aus, von irgendwoher wird das Geld ja dann schon kommen. Bereits als Kind lernte ich, vernünftig mit meinem Sackgeld umzugehen und es meinen Bedürfnissen gemäss aufzuteilen: Süssigkeiten, Chilibahn, Spielzeug. Die MeinungsmacherInnen von SVP bis CVP scheinen, sobald es nicht um ihr eigenes Geld geht, im Sackgeldstadium stecken geblieben zu sein, denn plötzlich sollen auf Kosten der Allgemeinheit 22 Spielzeuge für ein paar ältere Männer in Uniform gekauft werden. Dann doch lieber Süssigkeiten für alle.

## Krippen, ÖV, Solarstrom

Jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden, und so wird es im Falle eines Kampfjetkaufs zu Einsparungen in den üblichen Bereichen kommen: Bildung, Wohnen, Sozial- und Gesundheitswesen inklusive der AHV und Kultur, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Was könnte die Schweiz mit den neun Milliarden alles sonst finanzieren? Abgesehen von Süssigkeiten für alle haben wir jungen Grünen auch noch ein paar absolut seriöse und umsetzbare Vorschläge: Nur schon mit den drei Milliarden könnte jedem zweibis vierjährigen Kind ein Platz in der Krippe für ein Jahr komplett finanziert werden. Am 9. Februar stimmen wir über das FABI ab, wieso also nicht das Geld in den nachhaltigen und ökologischen öffentlichen Verkehr stecken? Laut unseren Berechnungen wäre mit den neun Milliarden auch eine Photovoltaik-Anlage in der Grösse des Zürichsees möglich, welche uns die dreifache Stromversorgung des AKWs in Mühleberg gewährleisten könnte.

## Maximal zwölf

Über den Sinn beziehungsweise Unsinn der Armee muss und darf bei dieser Vorlage nicht diskutiert werden. Denn natürlich werden die Gripen-BefürworterInnen versuchen, genau diese Grundsatzfrage in den Vordergrund zu rücken. Bleibt nur zu hoffen, dass die Medien diesen Diskurs von Beginn weg durchschauen und nicht darauf eingehen. Wozu aber braucht die Schweizer Armee neue Kampfflugzeuge, zumal sie noch immer 32 absolut intakte und obendrein leistungsfähigere des Typs F/A-18 besitzt? Nebst der drohenden kriegerischen Auseinander-

setzung, ich persönlich hab ja diesen Liechtensteinern noch nie getraut, übernimmt die Armee auch luftpolizeiliche Pflichten. Dass diese bei der Armee angesiedelt sind, wäre eigentlich gar nicht nötig. Eine zivile Behörde könnte die Sicherheit des Luftverkehrs ebenso gut, wenn nicht sogar besser, gewährleisten. Ein Blick über die Landesgrenzen hinaus fördert ausserdem Erstaunliches zutage: In Deutschland sind es gerade einmal vier Flugzeuge, welche für die Sicherheit des Luftverkehrs sorgen: Je zwei Jets stehen im niedersächsischen Wittmund und im bayerischen Neuburg am Boden bereit, falls die Flugsicherung bei einer Notlage ein Eingreifen anordnet, was etwa dreissig Mal pro Jahr geschieht. Sieht man einmal von der wesentlich geringeren Fläche ab und geht davon aus, dass die Schweiz sich wegen ihrer Topografie ebenfalls zwei Alarmrotten leistet und rechnet man noch zusätzliche Flugzeuge für Ausbildung und Wartung hinzu, kommt man auf rund zwölf benötigte Flugzeuge. Österreich leistet sich übrigens 15 Kampfjets für diese Aufgaben. Die Schweiz braucht also weder 54 Kampfjets (mit Gripen) noch 32 Kampfjets (ohne Gripen), sondern maximal zwölf.

## Umgeben von Freunden

Die neutrale Schweiz ist umgeben von Freunden. Eine militärische Bedrohungslage ist für die in der Schweiz wohnhafte Bevölkerung seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr auszumachen. Der Ende November vom GFS-Zürich veröffentlichte Angstbarometer zeigt die grösste Bedrohung in aller Deutlichkeit: Naturkatastrophen, bedingt durch den voranschreitenden Klimawandel, sind



# Gefährlicher Augenschmaus

Lucca Kleimann, Junge Alternative Zug | Bild Internet

17

**Weihnachtsstress – jedes Jahr dasselbe: Was schenke ich meinen Eltern, meiner Freundin, meinen Kollegen, und wie viel Geld gebe ich für Raketen aus? Sie lesen richtig. Neben den klassischen Weihnachtsgeschenken werden auch bald wieder Knallkörper für Silvester verkauft.**

die grössten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Dagegen werden auch die Gripen nichts ausrichten können, die Einsitzer taugen nicht einmal zur Evakuierung in Not-situationen. Anstatt sich stundenlang mit einer fiktiven Bedrohungslage auseinanderzusetzen, würden die Schweiz und die anderen industrialisierten Nationen besser in Sachen Klima vorwärts machen. Mich packt das nackte Grauen, wenn ich die Outputs der internationalen Klimaverhandlungen betrachte.

## Make Love not War

Der Kauf von neuen Kampffliegern ist ein falsches Signal. Das gleiche gilt auch für die immensen Exporte an Rüstungsgütern, welche die Schweiz noch immer tätigt. Kriege zwischen Nationen verkommen zur Seltenheit, vermehrt wird es jedoch zu Klassenkämpfen kommen. Da nützen weder Sturmgewehr noch Gripen. Was es braucht, ist eine global gerechte Güterverteilung, wie sie die Jungen Grünen in ihrer Resolution von Ende September fordern. Die Ausbeutung der natürlichen, nicht erneuerbaren Ressourcen, die Spekulation auf Nahrungsmittel, miserable Arbeitsbedingungen, das gilt es heute zu bekämpfen. Neue Kampffjets brauchen wir nicht und wollen wir nicht. Nach dem grossen Engagement beim Unterschriften-sammeln fürs Referendum folgt schon bald der Abstimmungskampf: Kippen wir den Gripen! ■



Pyrotechnik ist aus unserer Zeit kaum mehr wegzudenken. Am Nationalfeiertag, an diversen Sommerfesten, an Geburtstagen, Hochzeiten und eben auch an Silvester sorgen die farbenfrohen Knallkörper für Hochgefühle. Ohne Knall kein Fest. Der Verkauf von Leuchtraketen, Vulkanen und sonstigen Lärmutensilien ist rechtlich geregelt und ohne Genehmigung nur an den Tagen um den 1. August und um den Jahreswechsel gestattet. Trotzdem lohnt es sich für Coop, Manor und Co., ihre Regale damit zu füllen. Denn Herr und Frau Schweizer greifen fürs Feuerwerk tief ins Portemonnaie. Von Nebenwirkungen ist natürlich keine Rede. Da gibt es keinen Arzt und Apotheker, der warnt. Die tollen Farben und das imposante Geklöppe überdecken die negativen Folgen.

## Hohe Feinstaubbelastung

In grossen deutschen Städten wird die Feinstaubbelastung an Silvester genau gemessen. So ist zum Beispiel im Jahr 2010 in einem Bonner Wohngebiet kurz nach Mitternacht eine Feinstaubbelastung von 140'000 Mikrogramm pro Kubikmeter ermittelt worden. Der ortstypische Wert liegt bei ca. 22 Mikrogramm pro Kubikmeter. Die Konzentration war somit 6300 Mal höher als gewöhnlich. Ist

man einer solchen Belastung für längere Zeit ausgesetzt, kann dies, wie Untersuchungen in China belegen, zu einem frühzeitigen Tod führen. Und nicht nur wir Menschen leiden, auch die Tiere gehören zu den Betroffenen. Unsere Haustiere reagieren verstört und verängstigt. Katzen zum Beispiel haben ein hoch sensibles Gehör. Auch Enten sind Tage später noch verwirrt.

## Korke knallen statt Raketen

Hand aufs Herz – die stupide Knallei müsste nun wirklich nicht sein. Aber die Menschen lassen sich durch die Bilder am Himmel so stark betören, dass ihnen die Vernunft scheinbar abhandenkommt. «Die Blumen aus Feuer», wie die himmlischen Lichtspiele in Japan genannt werden, verlieren in der Nacht ihre Unschuld: Der Lärm erschreckt und der Gestank ist noch über Tage hinweg eine Plage. Es passieren auch immer wieder Unfälle in Pyrofabriken. Im September dieses Jahres ist in Oberried BE eine solche Fabrik in die Luft geflogen. Zwei Familienväter kamen dabei ums Leben. In China explodieren jährlich mehrere solcher Fabriken, mit weit höheren Opferzahlen.

Zugegeben – Feuerwerkskörper belasten unsere Umwelt ungleich weniger als der motorisierte Verkehr oder die Industrie. Trotzdem sind sie eine Belastung für unsere Flora und Fauna und für uns Menschen. 100 Franken für einen guten Champagner scheinen mir hier nachhaltiger investiert, vorausgesetzt er verursacht keine Kopfschmerzen. In diesem Sinne wünsche ich allen einen guten Rutsch ins neue Jahr und viel Elan für die kommende Zeit – Prost! ■

# Königsweg oder Scheinlösung?

Philippe Koch, Geschäftsleiter umverkehr | Bild umverkehr

**18** **Notorischer Stau, steigende Kosten, PendlerInnen, die sich auf den Füssen stehen: Kann uns Mobility Pricing einen Weg aus dem Verkehrsdilemma zeigen? Vielleicht. Sicher ist bis jetzt nur, dass Mobility Pricing weit oben auf der verkehrspolitischen Agenda bleiben wird.**

Der Schweizer Verkehr steht, will man der öffentlichen Meinung glauben, kurz vor dem Abgrund. Über Lösungen diskutieren PolitikerInnen und Fachleute seit Jahrzehnten heftig. Mobility Pricing wird nun sowohl von umwelt- als auch von wirt-

in Konflikt und können unerwünschte soziale Verteilwirkungen haben.

## Zwei Beispiele

Betrachten wir zwei Beispiele. Die City-Maut (oder Road Pricing) ist hinsichtlich Verkehrslenkung ein er-

differenzierten Preissystemen im öffentlichen Verkehr wird ebenfalls eine grosse Lenkungswirkung zugesprochen. Nachfragespitzen sollen durch zeit- und streckenspezifische Preise gebrochen und die Auslastung über den ganzen Tag besser verteilt werden. Konkret heisst das, dass PendlerInnen von Zürich nach Luzern mehr bezahlen müssten, obwohl diese Strecke ausgelastet und rentabel ist. Mit dem Ertrag könnten dann Strecken mit tiefem Kostendeckungsgrad finanziert werden. Über kurz oder lang erhöht diese auf Ertrag, Kosten und Preise fixierte Sichtweise aber den politischen Druck, unrentable Strecken ähnlich wie in Grossbritannien stillzulegen – mit unerwünschten Konsequenzen für die Verkehrsmittelwahl in diesen Regionen.

## Mobilität ist keine Schoggi-Glace

Mobility Pricing funktioniert nach dem Prinzip: Wer mehr Mobilität konsumiert, sollte auch mehr bezahlen. Doch dieses Prinzip ist nicht so einfach umsetzbar. Mobilität ist kein Konsumgut vergleichbar mit Schoggi-Glace, das man je nach Lust und Laune kaufen kann, aber niemals muss. Gemäss Mikrozensus 2010 nutzen 38 Prozent der PendlerInnen den ÖV mangels Alternativen. Sie sind also auf den ÖV angewiesen und haben bei der Verkehrsmittelwahl eben keine Wahl. Marktwirtschaftliche Metaphern tragen daher zur Lösung wenig bei. Das Mobilitätsangebot ist eine gemeinwirtschaftliche Leistung, vergleichbar mit der Strom- oder Wasserversorgung. Deshalb ist es legitim, die Finanzierung auch durch Quersubventionen sicherzustellen. Inwiefern Mobility Pricing Instrumente bereit hält, die Verkehrsbelastung sozial verträglich zu reduzieren und ökologische Verkehrsmittel zu stärken, wird Gegenstand zukünftiger politischer Debatten sein – die umverkehr aktiv mitgestalten wird. ■



Mehr Platz für die ÖV-Sardinen dank Mobility Pricing?

schaftsnahen Kreisen als «einfaches und nützliches Rezept gegen den Verkehrskollaps in der Schweiz» (Avenir Suisse) angepriesen. Eines lässt sich aber sagen: Wenn Mobility Pricing die Lösung ist, dann wird sie nicht einfach sein.

## Zwei Ziele

Mobility Pricing verfolgt zwei Ziele. Einerseits soll Mobility Pricing lenkend auf die Verkehrsnachfrage einwirken. Andererseits wird Mobility Pricing als Instrument vorgeschlagen, um die Finanzierung von Infrastruktur- und Betriebskosten im Verkehr neu, sprich verursachergerecht zu strukturieren. Die beiden Ziele – Verkehrslenkung und Verkehrsfinanzierung – stehen aber zuweilen

folgreiches Mobility-Pricing-System. Das Modell ist einfach: AutofahrerInnen müssen, wenn sie in die Stadt fahren wollen, eine Gebühr bezahlen. In London ist die Gebühr konstant; in Stockholm verändert sich der Preis je nach Tageszeit. In beiden Städten hat sich seit der Einführung der Staugebühr der Autoverkehr um rund 20 Prozent reduziert. Ein Erfolg – aber mit sozialer Schlagseite. Studien zeigen, dass die finanzielle Belastung für Personen mit tieferen Einkommen grösser ist als für Personen mit hohem Einkommen, sofern die Maut-Einnahmen nicht für den ÖV verwendet werden – auf den weniger einkommensstarke PendlerInnen wegen der Maut ausweichen (müssen).

# Eine Utopie? Nein.

Hannes Reiser, Longo maï | Fotos Longo maï

**Vier Jahrzehnte ist es her, da träumten junge Leute, die sich in der «Hydra», einer progressiven Lehrlingsorganisation, für eine bessere Welt engagierten, von einem Leben nach eigenen Vorstellungen mit demokratischer Planung, Selbstverwaltung und Selbstversorgung.**

Diese jungen Leute erwarben 1973 einen Hügel in der Provence, 300 Hektaren Land für umgerechnet 300'000 Schweizer Franken. Ein grosser Teil des Geldes kam von einem Vorbezug auf ihr Erbe. Gemeinsames Eigentum war das Fundament ihrer Idee. Man darf sich diese Kooperative bei Limans heute nicht als Bauernhof im landläufigen Sinn vorstellen. Es handelt sich vielmehr um eine Produktionsgemeinschaft mit einem Gemüse- und Obstgarten, einer Schafherde, Schweinen, Ziegen und Hühnern, mit einer Schreinerei, einer Metall- und Schmiedewerkstatt, einem Textilatelier. Man verfügt sogar über eine eigene Radiostation. Im Sommer arbeiten bis zu 180 Menschen aus ganz Europa auf dem Hügel, im Winter etwa 90. Viele gehen wieder. Andere fassen Fuss, stossen zur eigentlichen Kerngruppe, den etwa 60 «Longos», die während Jahren bleiben, möglicherweise ein ganzes Leben.

## Heute acht Kooperativen

Was mit viel Idealismus begann, das sind heute rund 200 Erwachsene mit ihren Kindern, die in acht autonomen, landwirtschaftlichen, handwerklichen und kleinindustriellen Kooperativen in fünf europäischen Ländern leben. Dazu kommen zwei Projekte in der Ukraine und in Costa Rica und eine eigene Radiostation. Es gibt keine geschriebenen Gesetze, keine Lohnarbeit. Was zu regeln ist, wird in basisdemokratischen Vollversammlungen ausdiskutiert. Das Eigentum ist kollektiv, es fliesst in eine eigens geschaffene Stiftung «Europäischer Landfonds». Das «einfache Leben» ohne Privatbesitz hat seinen Preis für den Einzelnen. Kost und Logis, dazu ein Taschengeld von 15 Euro in der Woche. Über zusätzliche Ausgaben entscheidet das Kollektiv.

## Politisch engagiert

Für die «Longos» ebenso wichtig wie die landwirtschaftliche Produktion ist das politische Engagement. Man fühlt sich den Menschenrechten verpflichtet. Es gelte, nicht nur rücksichtsvoll mit der Natur umzugehen, im Fokus stehe ebenso die Solidarität zu Menschen, deren Existenz durch Krieg, Unrechtssysteme und die Wirtschaftsmacht grosser Konzerne bedroht sei. Dieses Engagement begann bereits 1973, als es gelang, nach der Ermordung Allendes und der Verfolgung der Linken in Chile durch das Pinochet-Regime, für rund 2000 Flüchtlinge Einreise und Aufenthalt in der Schweiz zu ermöglichen.

1979 kaufte Longo maï in Costa Rica brachliegendes Land und baute die «Finca Sonador» auf, wo Menschen, die vor dem Bürgerkrieg im Nicaragua flohen, Zuflucht fanden. In den 1990er-Jahren folgte eine Kampagne zugunsten von Deserteuren aus dem Jugoslawienkonflikt. Heute stehen internationale Solidaritätsaktionen für Menschen im Vordergrund, die wegen ihres Einsatzes für Emigranten in die Mühlen der Justiz gerieten. Man organisierte ferner eine Sensibilisierungskampagne zum Schicksal der meist aus Afrika stammenden Menschen, die in Andalusien unter erbärmlichen Bedingungen auf den Feldern arbeiten. Dazu kommt das Engagement für «Sans papiers».

## Keine Utopie

Eine Utopie? Nein. Die arbeitsteilige Leistungsgesellschaft, wie wir sie kennen, ist erst 200 oder 300 Jahre alt. Die jungen Leute, die vor 40 Jahren Longo maï gründeten, haben bewiesen, dass auch heute alternative Formen, das Leben zu gestalten, möglich sind. ■



Longo maï: Nein, keine romantische Utopie.



Longo maï: Seit 40 Jahren politisch engagiert.

Eine Ausstellung dokumentiert den Werdegang und die Kooperativen von Longo maï. Sie wird vom 21.2.2014 bis 23.3.2014 in Zürich in der Shedhalle gezeigt. Info: [www.prolongomai.ch](http://www.prolongomai.ch)

Hannes Reiser, Jg. 53, Mit-Gründungsmitglied von Longo maï und ehemaliger Aktivist der Lehrlingsgruppe Hydra. MBA für Non-Profit-Organisation der Uni Fribourg, arbeitet wie alle in Longo maï ohne Lohn und zwar unter der Woche im Büro-Kollektiv in Basel und am Wochenende auf dem Hof im Jura, Vater von drei Kindern 19, 21 und 28, von denen der älteste ebenfalls mit FreundInnen einen Hof in Frankreich übernommen hat, die beiden jüngeren studieren noch.

# Für ein solides Fundament

Martin Stuber, Kantonsrat AGF | Illustrationen BULLETIN und BAV

20

**Die nächste nationale Volksabstimmung stellt die Weichen für die weitere Entwicklung der Eisenbahn in der Schweiz. Das Bulletin hat sich schon mehrmals mit FABI resp. dem Vorläuferprojekt Bahn 2030 beschäftigt. Nun liegt der neue Verfassungsartikel vor und die damit verbundenen Bundesbeschlüsse sind bekannt. Zeit für eine kleine Auslegeordnung und kritische Würdigung aus alternativer-grüner Sicht.**

FABI steht für Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur und ist eine komplexe Vorlage. Abgestimmt wird über eine Verfassungsänderung, welche die Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur neu regelt. Neu geschaffen wird ein Bahninfrastrukturfonds (BIF). Dieser BIF wird mit denselben Geldern wie der heutige FinöV-Fonds gespiesen. Dies bedeutet, dass auch künftig Anteile der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), der Mineralölsteuer auf Treibstoffen und der Mehrwertsteuer für den öffentlichen Verkehr eingesetzt werden. Neu hinzu kommen Bundesbeiträge (Reduktion Steuerabzug für Pendler auf 3'000 Fr.), Kantonsbeiträge sowie ein zusätzliches, zeitlich bis 2030 befristetes Mehrwertsteuerpromille. Der Verfassungsartikel lässt auch die ergänzende Finanzierung durch Dritte zu.

## **Viel Geld für Betrieb und Unterhalt ...**

Der im Gegensatz zum bisherigen FinöV-Fonds zeitlich nicht begrenzte BIF hat einen riesigen Vorteil – die Finanzierung der Eisenbahn wird langfristig auf planbare und stabile Füsse gesetzt. Das schafft Planungssicherheit und garantiert den sicheren Betrieb der Bahnen. Was in der Öffentlichkeit bisher aber wenig verstanden wurde: Aus dem BIF fliessen drei Viertel der Gelder in den Betrieb und Substanzerhalt der gesamten Bahninfrastruktur und ab 2018 zusätzlich in die Verzinsung und Rückzahlung der Bevorschussung des FinöV-Fonds.

## **... ein Viertel für Ausbau**

Nur rund ein Viertel des BIF steht für die Bahnausbauten zur Verfügung,

und auch das nur, weil der Ständerat neu das Mehrwertsteuerpromille ins Spiel gebracht hat, welches für den ersten Ausbauschritt bis 2025 die verfügbaren Mittel von 3,5 auf 6,4 Milliarden erhöht. Hier spielte übrigens der Zuger Ständerat Peter Bieri als ehemaliger Präsident der Verkehrskommission eine wichtige Rolle.

## **BAV im Führerstand**

Mindestens ebenso wichtig sind die Änderungen beim Planungsmechanismus für die Bahnausbauten und die neuen Zuständigkeiten. Das Eisenbahngesetz wird nämlich geändert:

- Art. 48d Planung der Ausbauschritte
- 1 Das BAV leitet und koordiniert als Prozessführer die für die Ausbauschritte notwendigen Planungen. Es berücksichtigt die regionalen Planungen der Kantone und bezieht die betroffenen Eisenbahnunternehmen mit ein.
  - 2 Die Kantone sind verantwortlich für die regionale Angebotsplanung. Sie organisieren sich in geeigneten Planungsregionen. Die betroffenen Eisenbahnunternehmen werden in geeigneter Weise einbezogen.

Das Bundesamt für Verkehr (BAV), angesiedelt im UVEK von Bundesrätin Doris Leuthard, wird verantwortlich dafür, als Prozessführer das Fern- und Güterverkehrsangebot zu planen, für eine Integration der Verkehrsbedürfnisse zu sorgen und die Beurteilung und Priorisierung des Bahn-Infrastrukturausbaus vorzunehmen. Das ist ein Paradigmawechsel – weg von den SBB, hin zum Bund. Wie weit in der Realität den SBB tatsächlich die

Federn gestützt werden, wird sich zeigen. Es gibt kaum ein im Bahnbereich tätiges Unternehmen, welches nicht spürbar von Aufträgen der SBB abhängig ist. Dazu zählen auch die entsprechenden Abteilungen in den Hochschulen, inkl. ETH. Es dürfte deshalb eine der grossen Herausforderungen für das BAV sein, hier genügend eigene, von den SBB unabhängige Kompetenz aufbauen zu können.

## **Optimum rausholen**

In der Pipeline sind heute Bahnausbauprojekte für sage und schreibe 42 Milliarden Franken! Würde die Finanzierung des ersten Ausbauschrittes einfach linear fortgeschrieben, so wäre ungefähr im Jahr 2065 alles gebaut. Das alleine zeigt: FABI reicht nicht. Und klar wird damit auch, dass aus jedem investierten Franken das Optimum herausgeholt werden muss. Das ist mit den SBB, so wie sie heute geführt werden, leider nicht zu haben. So viel hat uns die Auseinandersetzung um die Doppelspur in Walchwil schmerzhaft gelehrt.

Dies ist eine Schwäche von FABI – es gibt nur drei Player: das BAV, die Eisenbahnunternehmen und die Kantone. Eine weitere Mitwirkung ist nicht vorgesehen. Damit wurde auch eine Chance vertan, den Ausbau der Bahn besser abzustützen. Wenigstens sind die Bundesbeschlüsse zu den Ausbauschritten referendumsfähig.

## **Zweiter Ausbauschritt zu gross**

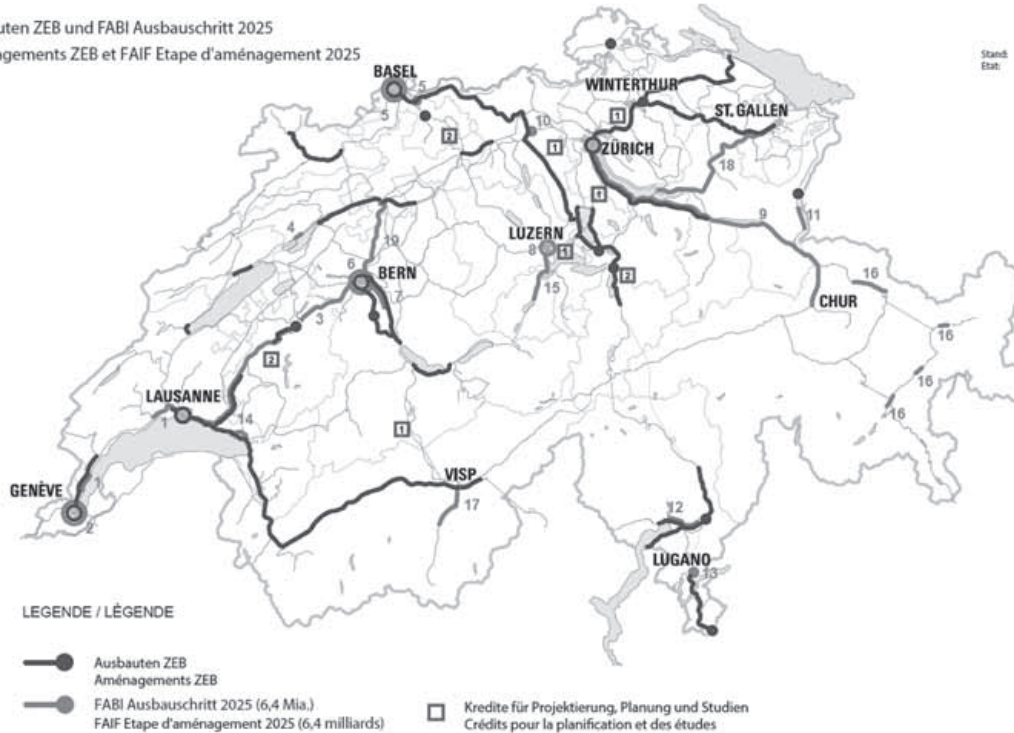
Wie aus der Karte auf Seite 20 ersichtlich ist, laufen im ersten Ausbauschritt die Projektierungen für den zweiten Ausbauschritt. Im Bundesbeschluss heisst es dazu:

- Der Bundesrat legt der Bundesversammlung bis 2018 eine Botschaft für einen Ausbauschritt 2030 vor. Bis voraussichtlich 2030 werden insbesondere folgende Massnahmen realisiert:
- a. Kapazitätsausbau Aarau–Zürich–Winterthur;
  - b. Kapazitätsausbau Luzern–Zug–Thalwil;

**Die Karte zeigt, was im ersten Ausbauschnitt gebaut und projektiert wird. Wichtig zu wissen: Nicht alles, was für den zweiten Ausbauschnitt projektiert wird, ist finanziert! Konflikte sind vorprogrammiert.**

Ausbauten ZEB und FABI Ausbauschnitt 2025  
Aménagements ZEB et FAIF Etape d'aménagement 2025

Stand:  
Etat:  
Juli 2013  
juillet 2013



**Ausbaustritt 2025 (6,4 Mrd. Fr.) und ZEB**  
(Legende, Stand Juli 2013)

- 1 Lausanne–Genf: Kapazitätsausbau
- 2 Knoten Genf: Kapazitätsausbau
- 3 Lausanne–Bern: Beschleunigungsmassnahmen
- 4 Ligerz–Twann: Kapazitätsausbau
- 5 Basel Ost (1. Etappe), Ergolzthal: Kapazitätsausbau; Pratteln: Entflechtung
- 6 Knoten Bern: Kapazitätsausbau
- 7 Gümligen–Münsingen: Kapazitätsausbau
- 8 Bern–Luzern: Leistungssteigerung
- 9 Zürich–Chur: Kapazitätsausbau
- 10 Rapperswil–Mägenwil: Leistungssteigerung
- 11 St. Gallen–Chur: Kapazitätsausbau
- 12 Bellinzona–Tenero: Kapazitätsausbau
- 13 Lugano: Kapazitätsausbau
- 14 Vevey–Bionay: Leistungssteigerungen
- 15 Luzern–Stans/Giswil: Leistungssteigerungen
- 16 Landquart/Chur–Davos–St. Moritz: Leistungssteigerungen
- 17 Zermatt–Täsch/Fiesch: Leistungssteigerungen
- 18 St. Gallen–Rapperswil/Wil–Nesslau: Leistungssteigerungen
- 19 Worblaufen–Solothurn: Leistungssteigerungen

- 1 Projektierung Kapazitätsausbau Aarau–Zürich
- 1 Projektierung Kapazitätsausbau Zürich–Winterthur (Brüttenertunnel, Stadelhofen)
- 1 Projektierung Kapazitätsausbau Thalwil–Zug (Zimmerberg)
- 1 Projektierung Kapazitätsausbau Zug–Luzern (Tiefbahnhof bzw. Durchgangsbahnhof)
- 1 Projektierung Bahntechnik Ausrüstung Ferden–Mitholz im Lötschberg–Basistunnel
- 2 Studien für Basal–Mittelland (3. Juradurchstich)
- 2 Studien für die Neubaustrecke Axen
- 2 Studien für Lausanne–Bern

ZEB: einzelne Massnahmen siehe [www.bav.admin.ch](http://www.bav.admin.ch) sowie [www.sbb.ch/zeb](http://www.sbb.ch/zeb)

- Ausbauten ZEB
- Aménagements ZEB
- FABI Ausbauschnitt 2025 (6,4 Mia.)
- FAIF Etape d'aménagement 2025 (6,4 milliards)

- c. Bahntechnik-Ausrüstung Ferden–Mitholz im Lötschberg-Basistunnel
- d. Behebung von Engpässen im Agglomerations- und Regionalverkehr sowie im Zugang zu Tourismusreg.;
- e. verschiedene Einzelinvestitionen zur Optimierung des Knotenprinzips und der Taktfrequenz;
- f. betriebliche Anlagen;
- g. vorbereitende Planungsarbeiten für den nächsten Ausbauschnitt und die Studien für Basel-Mittelland (3. Juradurchstich), die Neubaustrecke Axen, Lausanne–Bern sowie weitere Projekte.

Dabei ist heute schon klar: Dafür wird das Geld, welches der BIF für den

Ausbau von 2025 bis 2030 zur Verfügung hat, nie reichen! Alleine der Punkt b) kostet mit der Variante Zimmerberg-Basistunnel II gegen 3,5 Milliarden. Und die Baukapazitäten genügen ebenfalls nicht.

**Zweifel erlaubt ...**

Ob der Rückzug der ÖV-Initiative zugunsten der FABI-Vorlage richtig war, wird sich weisen. Es wäre aber interessant gewesen, zu sehen, welche Finanzierungsart der Souverän bevorzugt: Mineralölzuschlag oder Mehrwertsteuer-Promille, beides zeitlich beschränkt.

So oder so schiebt FABI die Beantwortung der eigentlichen Gretchenfrage

nochmals hinaus: Welches Verkehrssystem bevorzugen Frau und Herr Schweizer? Auf lange Sicht kann sich nämlich nicht mal die reiche Schweiz leisten, was in den letzten Jahrzehnten praktiziert wurde: den gleichzeitigen massiven Ausbau von Schiene und Strasse. Der an sich richtige Grundsatz, dass die beiden Verkehrsträger nicht gegeneinander ausgespielt werden sollen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Priorisierung unumgänglich ist.

Zwar ist das System der regelmässigen, mit den Kantonen zusammen geplanten Ausbauschnitte gut in das schweizerische föderale Staatssystem eingepasst, aber ein grosser Wurf mit

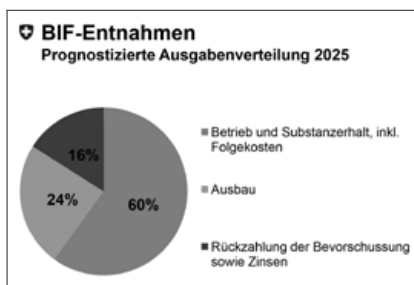


einer langfristigen Perspektive (50, 60 Jahre) ist damit nicht möglich und nicht vorgesehen. «Mehr vom Gleichen» kann aber nicht die Antwort auf die systemischen und raumplanerischen Herausforderungen sein, vor welchen die Schweiz verkehrspolitisch steht. Hier greift FABI zu kurz.

### ... aber keine Alternative in Sicht

Trotzdem wäre ein Nein zu FABI ein fataler Kurzschluss. Es würde unter den gegebenen politischen Voraussetzungen der Strassenlobby zu einem Turbolader für deren Kampf um die Verteilung der Steuermittel verhelfen. Und die geplanten Bahnausbauten sind ja nicht alle falsch oder suboptimal.

Das Ja zu FABI ist somit klar. Aber es ist eine vordringliche Aufgabe für eine weitsichtige grüne Verkehrspolitik, erstens mit Nachdruck immer und überall den Finger darauf zu haben, dass Bahnausbauten ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis haben, zweitens die unausweichliche politische Prioritätensetzung zwischen Schiene und Strasse vorzubereiten und drittens die intelligente Konzipierung der Bahn 2100 rechtzeitig aufzugleisen. Weitere gute Unterlagen zu FABI finden sich unter [www.bav.admin.ch/fabi](http://www.bav.admin.ch/fabi).



So wird das Geld des BIF verteilt. Nur ein Viertel fliesst in die Ausbauten! Und wichtig: Wenn der Betrieb mehr Geld benötigt, geht dies auf Kosten der Ausbauten. Das BAV wird die Verteilung im Fonds regelmässig simulieren und dabei berücksichtigen, dass Ausbauten auch die Betriebskosten erhöhen.

### FABI, Zimmerberg light und TiBaLu

Lange schien es, dass das sture Festhalten der Zuger Regierung an der offiziellen SBB-Variante den Ausbau zwischen Thalwil und Baar auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben würde. Die weit über eine Milliarde, welche der Zimmerberg-Basistunnel II (ZBT II) nämlich kostet, hatte keinen Platz in den Prioritätensetzungen in Bern. Weil die SBB nun das letzte Quäntchen Kapazität aus der alten Stammstrecke mit den beiden einspurigen Tunnels unter Zimmerberg und Albis pressen und die Perspektiven des Nord-Süd-Verkehrs Zürich–Mailand nicht rosig sind, schien sich unsere schon mehrmals geäusserte Befürchtung zu bewahrheiten – bis 2030 gibt es keine durchgehende Doppelspur zwischen Baar und Thalwil. Bis es im Ständerat schliesslich zu einer Allianz mit den Luzernern und übrigen Zentralschweizern kam und in einem Kraftakt der Tiefbahnhof Luzern von der zweiten in die erste Dringlichkeit verschoben wurde. Nun wird der TiBaLu bis 2025 projektiert, damit er dann beim zweiten Ausbauschnitt bis 2030 gebaut werden könnte. Dieser Ausbau macht aber nur Sinn, wenn der Zimmerberg auch auf Doppelspur ausgebaut wird – und umgekehrt. Und so stehen nun im «Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2025» u. a. Projektierungen für Kapazitätsausbauten Thalwil–Zug (Zimmerberg), Zug–Luzern (Tiefbahnhof bzw. Durchgangsbahnhof Luzern). Merke: Es ist nicht mehr die Rede vom ZBT II, sondern nur noch vom Zimmerberg! Der halb so teure und etappierbare Zimmerberg light ist die logische Antwort.

### Die Zuger Regierung und das liebe Geld

Bekanntlich sitzt der Kanton Zug auf einem Geldberg von 1,3 Milliarden (!) Franken. Trotz NFA-Gejammer ist dieser Berg in den letzten Jahren stetig weiter gewachsen. Nun stehen in den nächsten 15 Jahren gewaltige Investitionen an. Diese würden aus der prall gefüllten Kasse ein schwarzes Loch mit Schulden von 660 Millionen Franken machen. In der Kantonsrats-sitzung vom 27. November entzündete sich die Diskussion darüber wegen einer Interpellation aus dem Ägerital. Das Geld reicht nämlich nicht mehr für alle Strassen, u. a. weil der Stadttunnel so teuer wird und auch beim Hochbau – Stichwort Verwaltungszentrum und Mittelschulen – grosse Vorhaben in der Pipeline sind. Dabei verschlingt gemäss Finanzplan der Strassenbau bis 2031 mit über 1,5 Milliarden den Löwenanteil. Der ÖV schlägt mit weniger als 40 Millionen zu Buche ... Für den Schreibenden Grund genug, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass in der Rechnung der Regierung die 400 Mio., welche für die Vorfinanzierung von Bahninfrastrukturbauten reserviert sind, gar nicht berücksichtigt sind. Das ist mehr als nur fahrlässig. Weil nämlich in FABI die Möglichkeit der Vorfinanzierung ausdrücklich vorgesehen und klar geregelt ist, könnten diese 400 Mio. darüber entscheiden, wie lange wir auf die dringend nötige Kapazitätserweiterung zwischen Thalwil und Zug warten müssen. Der zweite Ausbauschnitt, von 2025 bis 2030, beinhaltet zwar diesen Ausbau. Aber es ist heute schon so gut wie sicher, dass das Projekt nur dann bis 2030 realisiert wird, wenn der Kanton Zug vorfinanziert. Die Zürcher werden nämlich schon schauen, dass ihre beiden Projekte (Stadelhofen und Ausbau zwischen Zürich und Winterthur) zuerst drankommen. Mit einer Anfangs Dezember eingereichten Interpellation ist die Regierung nun aufgefordert, sich zu erklären.

### Signal für ZBT II auf Rot

Die neuesten Aussagen der SBB über das zukünftige Regime auf der Nord-Süd-Strecke, welche an einer gross angelegten Medienkonferenz in Bellinzona gemacht wurden, tangieren die Variantenwahl für die durchgehende Doppelspur zwischen Thalwil und Baar:

- Der Fahrzeitgewinn des ZBT II gegenüber Zimmerberg light von vier Minuten wird nicht benötigt, resp. nützt nichts für die Anschlusspinnen in Lugano und vor allem in Mailand.
- Die Kapazität des Zimmerberg light reicht längstens für die auch langfristig geplanten Ausbauten zwischen Zürich und Lugano/Mailand.

Damit entfallen die beiden Hauptargumente für den Zimmerberg Basistunnel II ersatzlos!

# (Zu) viel Positives

Erwina Winiger | Bild Lehrerinnen- und Lehrerverband Zug

**Der Lehrplan 21 ist momentan in aller Munde, da in 21 Kantonen die Vernehmlassung zu diesem stattlichen Dossier läuft. Gerne beleuchte ich hier einige Punkte daraus.**

Das grundsätzlich Neue am Lehrplan 21 ist, dass er sich an Kompetenzen orientiert und somit mit Schülerinnen- und Schülerorientierung einhergeht. Das individuelle Lernen wird zum Schwerpunkt in der Volksschule. Die Rolle der Lehrperson ändert sich. Sie wird von der Wissensvermittlerin zur Lernbegleiterin. Dabei erhalten die überfachlichen Kompetenzen ein grosses Gewicht. Sie tragen stark zur Persönlichkeitsbildung bei. Im Zentrum steht das verantwortliche Handeln sich selbst, den Mitmenschen und den Lebensgrundlagen gegenüber.

## Die Schule als Lebensraum

Die Ausführungen unter der Überschrift «Schule als Gestaltungs-, Lern- und Lebensraum» handeln weitgehend vom Lernen im Rahmen des üblichen Unterrichtsgeschehens. Dass vielfältige Lernchancen in der Schule und ausserhalb des Unterrichts bestehen, wird im LP 21 nicht erkannt. Bildung findet nicht nur in der Schule statt. Pausen und Schulweg – beides hängt kausal mit Schule zusammen – können als wesentliche Momente zur Bildung beitragen. Die Schule kann viel erreichen, wenn sie im Sinne von «lokalen Bildungslandschaften» sowohl das Zusammenspiel von formaler als auch informeller Bildung sucht und aktiv pflegt. Die Schule soll auf die Verantwortlichen der frühkindlichen Bildung und Betreuung, der Tagesstrukturen, der Vereine für Kinder sowie auf Elternvertretungen zugehen mit dem Ziel, gemeinsam den Kindern den Erwerb von Kompetenzen zu ermöglichen. Ein afrikanisches Sprichwort lautet «Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf». Da sollten wir noch einiges dazu lernen. Die Genderperspektive als bedeut-



same Orientierung wurde zwar in den LP 21 aufgenommen. Doch eine konsequente Integration des Genderthemas, in Form eines klar strukturierten und fundiert konzipierten fächerübergreifenden Themas sowie als systematisch einbezogene Querschnittskompetenz in den Fachbereichen, fehlt. Da gäbe es für die im Kanton Zug leider nicht mehr existierende Gleichstellungskommission einiges an Arbeit.

## Nachhaltigkeit

Gemäss der Studie «Jugend und Nachhaltigkeit» und einer repräsentativen Befragung des Meinungsforschungsinstituts ISOPUBLIC aus dem Jahr 2010 fordern 72 % der 14- bis 18-jährigen Jugendlichen in der Schweiz im Lehrplan mehr Nachhaltigkeit. 84 % dieser Altersgruppe sind auch bereit, sich zu engagieren, wenn sie wüssten, wie sie sich beteiligen können. Themen wie der Man-

gel an Nahrung und Trinkwasser, Armut in vielen Ländern, Klimawandel, Umweltzerstörung und Verknappung von Rohstoffen betrachten sie als grösste Herausforderungen der Zukunft.

Das Thema Nachhaltigkeit erscheint zwar im LP 21, doch nur marginal, was eine verpasste Chance ist. Wenn Schule auf das Leben vorbereiten soll, sollte dem Anliegen Jugendlicher, mehr über die globalen Bezüge in den wesentlichen Problemen dieser Welt zu erkennen, entsprochen werden. So können die künftigen Generationen ihre Verantwortung wahrnehmen.

## Viel Positives!

Grossmehrheitlich ist viel Positives im neuen Lehrplan-Dossier zu entdecken, vermutlich eher etwas zu viel. Für Lehrpersonen wird es eminent wichtig sein, dass mit den Lehrplänen korrespondierende Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien zeitgerecht aufbereitet werden. Aus- bzw. Weiterbildung für alle Lehrpersonen haben sich intensiv auf die neuen Lehrpläne zu konzentrieren.

Alles Gewünschte in die Praxis umzusetzen, dürfte nicht möglich sein. Der LP 21 trägt dem mit Verweis auf überfachliche Kompetenzen Rechnung, die da lauten: Die Schülerinnen und Schüler können ...

- ... sich in neuen, ungewohnten Situationen zurechtfinden.
- ... Herausforderungen annehmen und konstruktiv damit umgehen.
- ... Strategien einsetzen, um eine Aufgabe auch bei Widerständen und Hindernissen zu Ende zu führen.
- ... die gesammelten Informationen strukturieren und zusammenfassen und dabei Wesentliches von Nebensächlichem unterscheiden.

## Verwendete Grundlagen:

www.lehrplan21.ch  
www.bildungscoalition.ch  
Vernehmlassungsantwort der Grünen Schweiz



24

Einbürgerungswillige Frauen und Männer müssen über unsere Institutionen Bescheid wissen, sonst erhalten sie den Schweizer Pass nicht. **Flach** herausgekommen bei dieser Prüfung wäre wohl die neue Kantonsrätin Bernadette Flach aus Rotkreuz. Sie bezeichnete in einem Leserbrief die Autobahnvignetten-Vorlage als Initiative. Minimalstes staatskundliches Wissen ist offenbar bei der FDP keine Voraussetzung für eine Karriere, frei nach dem Motto «mehr Unwissen, weniger Staat».

Kaum mehr eingebürgert würde hier der neue **Papst**. Der greift nämlich das herrschende Wirtschaftssystem frontal an – es sei «in der Wurzel ungerecht». Diese Form der Wirtschaft töte, denn in ihr herrsche das Gesetz des Stärkeren. Der Mensch sei nur noch als Konsument gefragt, und wer das nicht leisten könne, der werde nicht mehr bloss ausgebeutet, sondern ausgeschlossen, weggeworfen.

Die Partei, die am liebsten nur noch Reiche einbürgern möchte, setzte sich bei der Budgetdebatte in der Novembersitzung des Kantonsrates ins **politische Abseits**. Dass die SVP bei jeder Direktion einzeln 5 Prozent kürzen wollte, fand ausser ihnen niemand lustig – die Anträge hatten null Chancen, aber die Sitzung dauerte und dauerte.

Sogar SVP-Regierungsrat Schleiss flehte seine Parteifreunde an, «das Bad doch nicht mit dem Kinde auszuschütten». **Vergebens**.

Konkrete Sparvorschläge kamen dann aber von CVP und FDP. Da wurde bei einem Budget von 1'430 Millionen über eine Kürzung von 128'000 Franken beim **Kunsthhaus** gefeilscht. Resultat: Mit 46 zu 23 wird gekürzt. Die ehemalige Partei der Zuger kulturellen Elite stimmte mit einer Ausnahme für die Kürzung. All die FDPlerInnen werden sich dann sicherlich gerne beim nächsten Kunsthhaus-Promi-Apéro im Blitzlicht der Medien sonnen.

Bei dem ganzen **Kinder-garten** wollte die SP-Fraktion nicht hintenanstehen und unterstützte die Fünf-Prozent-Kürzung bei Tännlers Baudirektion. Die potenziellen SVP- und SP-WählerInnen, die es dort auch gibt und die unter Tännlers Leistungsdruck ächzen, werden sich das für die nächsten Wahlen merken.

Aber vielleicht lag's ja am Wetter. Denn auch die FDP-Fraktion hatte einen eher schlechten Tag: Als es um den **Gewässer-schutz** ging, liess sie ihren Fraktionssprecher und Hobbyfischer Peter Diehm im Regen stehen und verhalf in der Abstimmung einer gewässerunfreundlichen Motion zur Überweisung.

Wer ihnen den Zaster überweist, wissen wir nicht, aber sie haben sicher die teuersten Komitee-Mitglieder in Zug. Richtig – BS(E) 14!. Für einen rein bürgerlichen Stadtrat sind auch nach anderthalb Jahren intensivster Werbetätigkeit kaum 90 in der Stadt wohnhafte **lupenreine Bürgerliche** zu haben. Pro flächendeckenden Faltprospektversand in alle Haushalte gibt das etwa zehn Neumitglieder. Ein Versand kostet gegen 10'000 Franken. Rechne.

Mitgliederbeiträge werden gemäss Statuten keine erhoben, so dass doch die Frage, woher die das **Geld** haben, nicht uninteressant wäre. Auf die entsprechende Recherche der Zuger Lokalpresse warten wir wohl bis nach den Wahlen 2014.

Immerhin etwas muss man dem «Bullshit» (Zitat eines FDP-Promis) Klübli lassen – die beiden neuen **Stadtratskandidaten** der FDP und SVP machen mit. Die beiden Bisherigen haben es nicht nötig, müssen aber an BS141-Veranstaltungen antraben. So recht Stimmung aufkommen wollte beide Male nicht, und wenn die neuen BS141-Stadträte so gut im Organisieren sind wie die Klubleitung, dann Gnade Gott dieser Stadt.

Präventiv Mitglied sind übrigens auch alle **Papabilis** der CVP für den Stadt-

rat. Nun wissen wir einfach nicht, was hier zuerst war – das Huhn oder das Ei?

Eiertanz im Zuger GGR – mit Hinterzimmerabmachungen strafte die vereinigten Bürgerlichen von CVP, FDP und SVP bei der **Budgetdebatte** die drei linken StadträtInnen ab – ohne die Kürzungen zu begründen und mit Desavouierung der einstimmigen GPK! Darob verlor SP-Fraktionschef Bertschi die Nerven und versuchte erfolglos die Weihnachtsbeleuchtung mit einem Kurzschluss-Antrag zum Verlöschen zu bringen. Zwei Tage später biederte sich derselbe Bertschi in der Zuger Prawda schon wieder an und schwafelte etwas von einer «lustvollen Sitzung». Die Stadt Zug ist hat mehr als ein Problem mit ihrem politischen Personal.

2015 sind dann Majorzwahlen für den Ständerat. Die Familieninitiative der SVP nutzten zwei Regierungsräte, die **schaurig-gerne** Ständerat werden möchten, zum Warmlaufen. CVP-Hegglin kämpfte gegen die Initiative, SVP-Tännler dafür, Aren-Auftritt inklusive. Irgendwie schräg: der Vater von vier Kindern dagegen, der geschiedene Vater von drei Kindern dafür. Am Schluss stand es 3:0 gegen den sonst so sieggewohnten Tännler: Nein in der Schweiz, Nein im Kanton Zug, Nein in den Wohngemeinden der beiden Kontrahenten.





**Büchermail**

Liebe Leute  
Ich möchte Euch vor allem über fünf Bücher von Zuger Autoren berichten, die diesen Herbst erschienen sind und die vorzüglich das «einheimische Schaffen» repräsentieren:

Heinz Greter, der viele Jahre an der Kanti unterrichtete hat, hat einen Roman über den Mönch Xuanzang geschrieben, der im 7. Jahrhundert seine Heimat China verliess und nach Westen, das heisst nach Indien reiste, um die Ursprünge der buddhistischen Lehre zu erforschen. Ein feines und kluges Buch!

**Die Heimkehr des Xuanzang**, Heinz Greter, Elster Verlag



Sehr gerne gelesen habe ich auch Andreas Itens Jugenderinnerungen. Das Aufwachsen im Ägerital mit vielen Geschwistern und Grosseletern auf dem Bauernhof. Es fehlt nicht an lustigen und spannenden Anekdoten, wer weiss schon noch, dass am Ufer des Zugersees einmal ein ausgestopfter Wal zu besichtigen war. Spannend auch die Lehr- und Wan-

derjahre über Basel und Berlin zurück ins Zugerland!  
**Keine Kuh in Berlin**, Andreas Iten, Verlag Martin Wallimann



Der Hünenberger Carlo von Ah, bekannt auch als Krimi-Autor hat ein sehr informatives Buch über den Obwaldner Oberst Hans Imfeld, geboren 1902, der in französischen Diensten stand, geschrieben. Neben dem persönlichen Schicksal Imfelds erfährt man sehr viel über die Geschichte Indochinas während des zweiten Weltkriegs.  
**Durch Dschungel und Intrigen**, Carlo von Ah, Verlag Martin Wallimann



Von Felix Renner liegt ein neuer Band mit Aphorismen vor. Diese Gattung würde zwar nicht sehr beachtet, wie er sagt – ich halte diese literarische

Kurzform aber für besonders geeignet, zeit- und gesellschaftskritische Themen auf den Punkt zu bringen!  
**Erfolgsgesellschaft im Stresstest**, Felix Renner, Verlag Brockmeyer Verlag



Und zum Schluss noch etwas ganz Besonderes:

**Die Zugerin Zita Schlumpf**, eine grosse Liebhaberin der Volkskultur, hat in ihrem Zytturm-Verlag eines der schönsten Bücher dieses Jahres veröffentlicht. Der Zuger Heiri Scherer war für das Layout verantwortlich. Wahrhaft «bodenständig» – die Rezepte, die Musik und die Menschen!  
**Bodeständigi Choscht**, ein Bilderbuch, ein Lesebuch, ein Kochbuch, ein Notenbuch und eine CD, Zita Schlumpf, Zytturm-Verlag



Ich grüsse herzlich und wünsche allen einen guten Start ins neue Jahr!  
Susanne Giger

**Buchhinweis Longo mai**

**Die Utopie der Widerspenstigen – 40 Jahre Longo mai**

Dies ist der Titel der Ausstellung, die vom 22. Februar bis 23. März 2014 in der Shedhalle der Roten Fabrik in Zürich zu sehen sein wird. Zur Ausstellung ist ein Katalog mit einer Sammlung von Texten erschienen. Im Rotpunktverlag hat der Kurator der Ausstellung, Andreas Schwab, das Buch «Longo mai: Landkooperativen, Pioniere einer gelebten Utopie» herausgegeben. Eine reich bebilderte Reportage über ein hochaktuelles Lebens- und Arbeitsmodell, das seit vier Jahrzehnten in Bewegung ist. In jüngster Zeit haben sich vermehrt junge Menschen der Kooperative angeschlossen. Aus dem sozialen und politischen Engagement der Longo mai-Leute ist das Flüchtlingskomitee CEDRI und das Europäische Bürgerforum hervorgegangen. Ein spannender Einblick in eine gelebte Utopie!





26

**Tibi und seine Mütter,**  
Montag, 13. Januar 2014,  
20 Uhr,  
im Kino Gotthard in Zug

Die Flüchtlingswelle nach dem gescheiterten Aufstand der Tibeter gegen die chinesische Besetzung löste auf der ganzen Welt Solidaritätsaktionen aus. Auch die Schweiz zeigte sich von der besten Seite und nahm 1960 auf private Initiative hin tibetische Waisenkinder auf. Doch das ist nur die halbe Wahrheit ... es kamen auch Kinder in die Schweiz, deren Eltern noch lebten.

Sie wie der siebenjährige Tibi Lhundub Tsering, der fortan in einer Schweizer Pflegefamilie aufwuchs. Über 40 Jahre später reist «Tibi», wie er genannt wird, mit seiner Frau und seinen Kindern nach Indien, um seine leibliche Mutter zu besuchen. Regisseur Ueli Meier begleitet ihn dabei und befragt auch die Schweizer Pflegemutter nach ihren Erinnerungen.



Der leise, stimmige und unbedingt sehenswerte Dokumentarfilm berichtet anhand einer kleinen, persönlichen Geschichte von den Folgen der grossen Politik. Nach der Vorstellung Gespräch mit Regisseur **Ueli Meier.**



**Der böse Onkel,**  
Montag, 10. Februar,  
20 Uhr  
im Kino Gotthard

Armin, Turnlehrer einer kleinen Gemeinde, zwingt seine Schülerinnen nackt an die Geräte – und zu mehr. Das empört die allein erziehende Trix Brunner, aber nur sie. Der ehemalige Spitzensportler sei der Stolz des Dorfes, befindet die Schuldirektorin. Selbst ihre 17-jährige Tochter Saskia ist Trix keine Verbündete. Saskia bedauert, dass sie als einzige in der Klasse nicht von Armin missbraucht wurde.



Mit klasse Schauspielern und einer brillanten Montage zeichnet Odermatt ein soziales Milieu, das nicht die Tat verdammt, sondern jene Person, welche die Tat ans Licht zerrren will. Eine Form von «Vergangenheitsbewältigung», die leider weitverbreitet ist.



Der böse Onkel ist das radikalste Stück Kino, das die Schweiz in den letzten Jahren hervorgebracht hat: schnell, scharf, witzig, provokativ. Nicht wenige finden diese Anlage skandalös. Wird hier Pädophilie verharmlost? Der eigentliche Skandal ist ein anderer – kaum ein Kino hatte den Mut, den Film zu spielen. Geht man so mit einem mündigen Publikum um?

Nach der Vorstellung Gespräch mit Regisseur **Urs Odermatt.**



Freundliche Grüsse  
Martin Bucher  
FLIZ FilmliebhaberInnen  
Zug



**Mittwoch, 8. Januar,  
Monatsbar der Alternative –  
die Grünen Zug**  
Ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal,  
Chamerstrasse 33, Zug

**Freitag, 17. Januar,  
Polit-Fiiröbig-Bier mit Dis-  
kussion zu den Abstim-  
mungen vom 9. Februar, die  
ALG-Baar**  
18 Uhr, Ort wird noch be-  
kannt gegeben

**Freitag, 24. Januar,  
Wintertreff der ALG-Stadt**  
Eine feine Gemüsesuppe,  
Glühwein und ein grosses  
Feuer in romantischer Um-  
gebung erwarten dich! Bei  
jeder Witterung.  
Ab 18 Uhr, in der Waldhütte  
zwischen Fuchsloch, Ober-  
wil und Räämatt

**Donnerstag, 30. Januar,  
Informationsveranstaltung  
für interessierte KR-Kandi-  
dierende, die ALG-Baar**  
19 Uhr, Restaurant Sport  
Inn, Waldmannhalle, Baar

**Mittwoch, 5. Februar,  
Monatsbar der Alternative –  
die Grünen Zug**  
Ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal,  
Chamerstrasse 33, Zug

**Mittwoch, 5. März,  
Monatsbar der Alternative –  
die Grünen Zug**  
Ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal,  
Chamerstrasse 33, Zug

**Mittwoch, 9. April,  
Jahresversammlung der  
ALG-Stadt und Nomination**  
19 Uhr, Altstadthalle (altes  
Kunsthhaus),  
Unter Altstadt 14, Zug

## Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen  
Zug**  
Postfach 4806  
6304 Zug  
041 711 99 09  
www.alternative-zug.ch  
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro  
Alternative – die Grünen  
Zug:

**Montag 14–18 Uhr  
Dienstag 9–13 Uhr  
Donnerstag 9–13 Uhr**

**Alternative – die Grünen  
Baar**  
Anna Lustenberger-Seitz  
info@alternative-baar.ch

**Grünes Forum Hünenberg**  
Rita Hofer  
rita\_hofer@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen  
Menzingen**  
Barbara Beck-Iselin  
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen  
Unterägeri**  
Cornelia Mayinger  
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen  
Stadt Zug**  
Postfach 4805  
6304 Zug  
info@alternative-stadt.ch

**Forum Oberägeri**  
Philipp Röllin  
forum-oberaegeri@mymail.ch

**Gleis 3 Alternative Risch**  
Irene Widmer  
irene.widmer@ivic.ch

**Grüne Steinhausen**  
Postfach 123  
6312 Steinhausen  
steinhausen@alternative-zug.ch

**Junge Alternative Zug**  
Postfach 4806  
6304 Zug  
junge.alternative@gmx.ch

**Krifo Alternative Cham**  
Sha Ackermann und  
Roman Ambühl  
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne  
Fraktion im Kantonsrat**  
www.alternativefraktion.ch

**Grüne Partei Schweiz**  
www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete  
Artikel unterliegen der  
alleinigen Verantwortung  
der AutorInnen.

**BULLETIN**  
Nr. 4, Dezember 2013  
erscheint viermal jährlich.

**Herausgeber:**  
Verein DAS BULLETIN

**Adresse:**  
BULLETIN Alternative –  
die Grünen Kanton Zug,  
Postfach 4806, 6304 Zug,  
bulletin@alternative-zug.ch

**Redaktion:**  
Natalie Chiodi  
Jonas Feldmann  
Hansjörg Glauser  
Yasumi Hiruta  
Lorenzo Martinoni

**Gestaltungskonzept:**  
S.H.E.D. GmbH

**Produktion:**  
Satz, Bild und Druck:  
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print  
(100% Recycling Papier)

**Titelbild:**  
Paula Gisler

**Nutzaufgabe:**  
800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–  
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–  
Unterstützungsabo: Fr. 50.–  
Mitgliederbeitrag Verein  
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

**Einzahlungen auf:**  
Verein DAS BULLETIN,  
6304 Zug, PC 60-30584-6

**Redaktionsschluss**  
**Nr. 1/2014:**  
Freitag 7. März 2014

**Erscheinungsdatum:**  
Donnerstag 27. März 2014

«DAS BULLETIN»  
im Internet unter  
[www.bulletin-zug.ch](http://www.bulletin-zug.ch)

P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

